

19. Wahlperiode

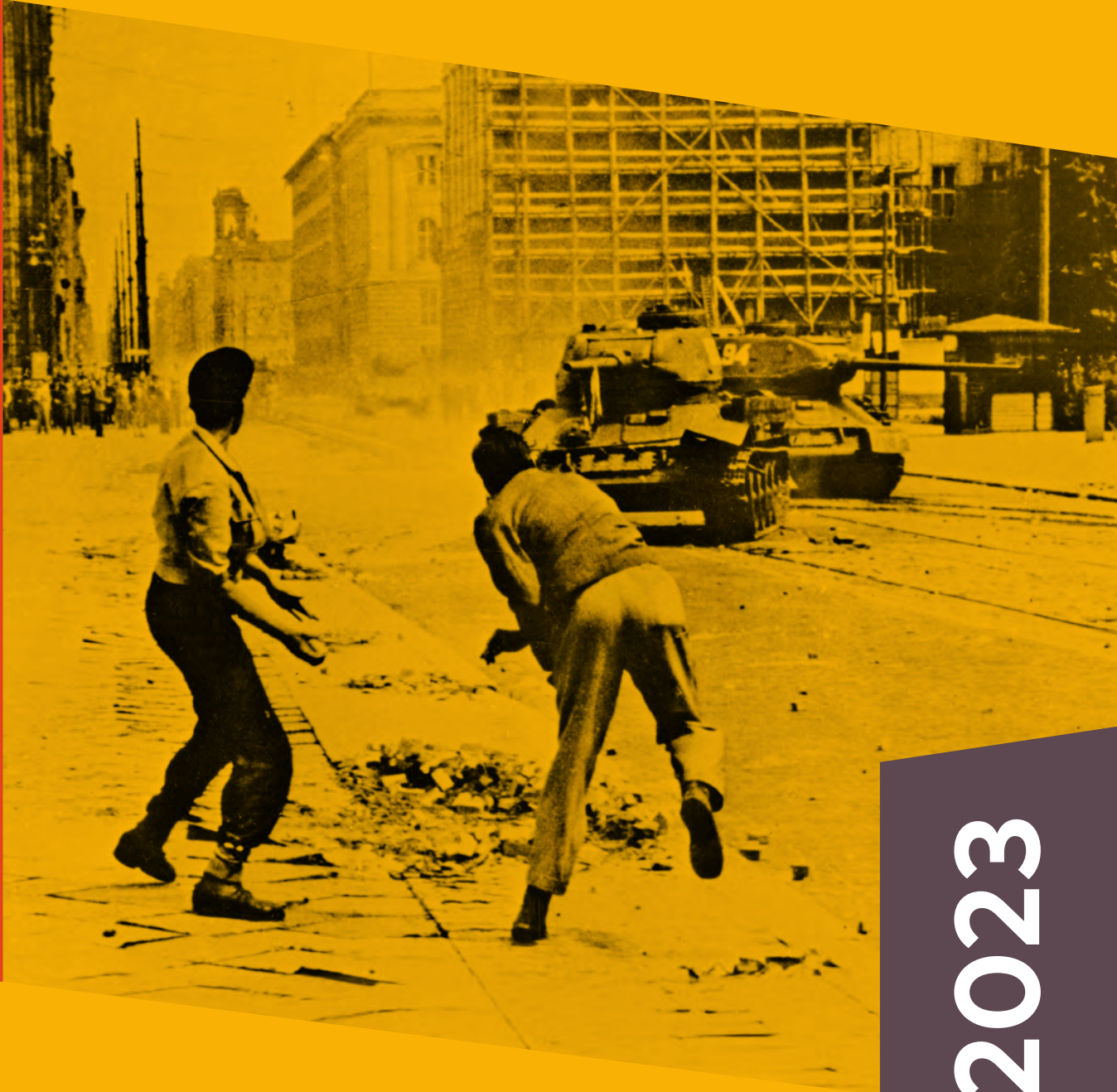
Bericht

Dreißigster Tätigkeitsbericht des Berliner Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur – Jahresbericht 2023



Berliner Beauftragter
zur Aufarbeitung
der SED-Diktatur

TÄTIGKEITSBERICHT



2023

BERLIN







Berliner Beauftragter
zur Aufarbeitung
der SED-Diktatur

Dreißigster Tätigkeitsbericht des Berliner Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

BERICHTSZEITRAUM:

1. Januar bis 31. Dezember 2023

Vorgelegt dem Abgeordnetenhaus von Berlin

Berliner Beauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (BAB)

Franz-Jacob-Str. 4 B

10369 Berlin

Tel.: (030) 24 07 92 – 0

Fax: (030) 24 07 92 – 99

info@aufarbeitung-berlin.de

www.aufarbeitung-berlin.de

November 2024



1. VORWORT	4
2. HÖHEPUNKTE 2023	6
3. AUFARBEITUNG DER SED-DIKTATUR IM LAND BERLIN	12
3.1 Weiterentwicklung des Campus für Demokratie	14
3.2 Ehemalige Untersuchungshaftanstalt Keibelstraße	15
3.3 Zusammenarbeit auf Bundes-, Landes- und Bezirksebene	16
3.4 Arbeitskreis II der Berliner und Brandenburger Gedenkstätten und Aufarbeitungsinitiativen (AK II)	19
3.5 Zusammenarbeit mit den Landesbeauftragten	20
3.6 Weiteres Engagement	21
IN MEMORIAM FALCO WERKENTIN	22
STORY: 70 JAHRE VOLKSAUFSTAND IN DER DDR	24
4. BERATEN	28
4.1 Bürgerberatung	30
4.2 Härtefallfonds	35
4.3 Beratung öffentlicher Stellen	40
4.4 Vernetzung	43

STORY: BERATUNGSSTELLE GEGENWIND	44
5. FÖRDERN	48
5.1 Förderung von Beratungs- und Betreuungsprojekten	50
5.2 Förderung von Projekten zur Bildung und historischen Aufarbeitung der SED-Diktatur	53
STORY: DIE FRAUEN DES 17. JUNI 1953	60
6. AUFKLÄREN	64
6.1 Veranstaltungen zum 70. Jahrestag des Volksaufstands in der DDR	65
6.2 Mein Kiez. Geschichte(n) des geteilten Berlins	69
6.3 Veranstaltungen für Kinder und Jugendliche	71
6.4 Campus-Kino	72
6.5 Kooperationsveranstaltungen/Weiteres	73
7. AUSBLICK	76
8. ANHANG	80
8.1 Richtlinie Härtefallfonds	81
8.2 Übersicht Projektförderung	84
8.3 Team	86

1. VORWORT



Kontinuität und Wandel prägten die Arbeit des Berliner Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (BAB) im Berichtsjahr. Eine für die Behörde einschneidende Veränderung stand gleich im ersten Quartal an: Tom Sello, seit dem 28. November 2017 Berliner Aufarbeitungsbeauftragter, ging zum 28. Februar 2023 in den wohlverdienten Ruhestand. Am 1. März 2023 übernahm Frank Ebert als neuer BAB die Behördenleitung.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter widmeten sich im Berichtsjahr mit großem Engagement ihren Kernaufgaben Beraten, Fördern, Aufklären. Auch fast 35 Jahre nach Friedlicher Revolution und Mauerfall hat die Beratung von Menschen, die von politischer Verfolgung oder staatlicher Willkür in der sowjetischen Besatzungszone bzw. in der DDR betroffen waren, einen hohen Stellenwert. Hinzu kommen die historisch-politische Bildungsarbeit und die Förderung von Projekten, die sich mit der kommunistischen Diktatur und ihren Folgen auseinandersetzen.

Der 70. Jahrestag des Volksaufstands in der DDR vom 17. Juni 1953 stand im Mittelpunkt zahlreicher Veranstaltungen und Aktivitäten des BAB. Auch viele durch den Aufarbeitungsbeauftragten geförderte Projekte erinnerten an die Ereignisse vor 70 Jahren.

Der vorliegende Tätigkeitsbericht gibt einen Überblick über die vielseitigen Aktivitäten der Behörde in all ihren Arbeitsbereichen. Ohne die Unterstützung durch Politik und Verwaltung wäre diese Arbeit nicht möglich. Deshalb sei an dieser Stelle den Mitgliedern des Abgeordnetenhauses und der Senatsverwaltungen herzlich für die gute Zusammenarbeit gedankt.

2. HÖHEPUNKTE 2023





16. Januar 2023

Der Berliner Aufarbeitungsbeauftragte Tom Sello führt die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, Staatsministerin Claudia Roth, durch die Open-Air-Ausstellung „Revolution und Mauerfall“ auf dem Campus für Demokratie.

9. Februar 2023

Tom Sello hält seine letzte Rede als Aufarbeitungsbeauftragter im Abgeordnetenhaus von Berlin. Das Parlament bekennt sich fraktionsübergreifend zur Weiterentwicklung des Campus für Demokratie. In dem Beschluss „Campus für Demokratie gemeinsam mit dem Bund weiterentwickeln“ wird der Senat aufgefordert, sich gegenüber der Bundesregierung für eine schnelle Umsetzung des Forums Opposition und Widerstand als relevantem Baustein des Campus einzusetzen. Die Abgeordneten wählen Frank Ebert zum neuen Berliner Aufarbeitungsbeauftragten.



14. Februar 2023

von links:
Dennis Buchner,
Frank Ebert,
Tom Sello,
Franziska Giffey

In einer feierlichen Zeremonie im Festsaal des Abgeordnetenhauses verabschiedeten Parlamentspräsident Dennis Buchner und die Regierende Bürgermeisterin Franziska Giffey Tom Sello als Berliner Aufarbeitungsbeauftragten und führen seinen Nachfolger Frank Ebert ins Amt ein. Unter den Gästen: Die SED-Opferbeauftragte beim Deutschen Bundestag, Evelyn Zupke, der frühere Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, Roland Jahn, die Landesbeauftragten von Brandenburg und Sachsen, Dr. Maria Nooke und Dr. Nancy Aris, sowie Abgeordnete aller Fraktionen.



3. März 2023

Auf der Geschichtsmesse in Suhl präsentiert der BAB seine Vermittlungsangebote. In Workshops stellen die zuständigen Mitarbeiterinnen das BAB-Schulking und die Veranstaltungsreihe „Mein Kiez. Geschichte(n) des geteilten Berlins“ vor.

von links: Dr. Andrea Bahr (BAB) und Antje Bernhardt (media.Bildungspartner)

Gemeinsamer Frühjahrsempfang der Arbeitskreise der Berlin-Brandenburgischen Gedenkstätten und der Bundesstiftung Aufarbeitung: Die Gäste aus Politik und Verwaltung, von Museen, Gedenkstätten und Aufarbeitungsinitiativen nutzen die Veranstaltung, um sich in angenehmer Atmosphäre auszutauschen, Kontakte zu knüpfen oder wieder aufzufrischen.



24. April 2023

Netzwerken und Kontaktpflege auf dem Frühjahrsempfang



16. Mai 2023

von links:
Dr. Philipp Schultheiß,
Dr. Andrea Bahr und
Dr. Jens Schöne

Der BAB nimmt erstmals am IKK BB Berliner Firmenlauf teil. Dr. Andrea Bahr, Dr. Jens Schöne und Dr. Philipp Schultheiß bewältigen die 5,5 Kilometer lange Strecke locker in jeweils rund einer halben Stunde und landen im soliden Mittelfeld.

Unter den Linden, direkt gegenüber der Russischen Botschaft, eröffnet der Regierende Bürgermeister Kai Wegner eine Fotoausstellung von Kulturprojekte Berlin, Bundesstiftung Aufarbeitung und dem Berliner Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Thema ist der Volksaufstand in der DDR von 1953. Die großformatigen Bilder zeigen den Mut der Menschen, selbst im Angesicht von sowjetischen Panzern für Freiheit und Demokratie einzutreten.



12. Juni 2023

Informationstafel zum Volksaufstand in der DDR am 17. Juni 1953



7. Juli 2023

Feier zum 25-jährigen Bestehen der Beratungsstelle Gegenwind

Die vom Berliner Aufarbeitungsbeauftragten geförderte Beratungsstelle Gegenwind feiert ihr 25-jähriges Bestehen. Gegenwind kümmert sich seit 1998 um politisch traumatisierte der SED-Diktatur. Das Beratungsangebot richtet sich an Menschen, die in der SED-Diktatur politischer Verfolgung und Inhaftierung, psychischer Zersetzung oder staatlicher Repression ausgesetzt waren.

Mit dem Film „In einem Land, das es nicht mehr gibt“ eröffnet das Campus-Kino 2023 auf dem Campus für Demokratie, der ehemaligen Stasi-Zentrale. Einen Monat lang werden drei Mal pro Woche auf dem Gelände bei freiem Eintritt Filme gezeigt, die Aspekte der DDR-Geschichte thematisieren. Das Campus-Kino wird vom Stasi-Unterlagen-Archiv, dem Berliner Aufarbeitungsbeauftragten und der Robert-Havemann-Gesellschaft e.V. veranstaltet.



7. August 2023

Großer Andrang beim Campus-Kino



8. – 10. September 2023

BAB Frank Ebert (rechts im Bild) in einer Gesprächsrunde beim Bundeskongress in Wernigerode

„Stagnation und Wandel, Repression und Alltag in der Ära Honecker“, so der Titel des 26. Bundeskongresses in Wernigerode, der von der Konferenz der Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Folgen der kommunistischen Diktatur, der Bundesstiftung Aufarbeitung sowie der SED-Opferbeauftragten beim Deutschen Bundestag mit den Verfolgtenverbänden und Aufarbeitungsinitiativen veranstaltet wird. Der Kongress ist ein wichtiges Forum zum Austausch zwischen den Betroffenen und ihren Verbänden sowie jenen Institutionen, die sich für die Anliegen der Opfer und die Aufarbeitung der SED-Diktatur einsetzen.

Teamtag beim BAB: Bei einer Führung von Berliner Unterwelten e.V. informieren sich die Beschäftigten über die Fluchttunnel von Ost- nach West-Berlin. Nach dem Bau der Berliner Mauer versuchten immer wieder Menschen durch Abwasserkanäle oder von West-Berliner Helfern gegrabene Tunnel unterhalb des Todesstreifens nach West-Berlin in die Freiheit zu gelangen.



18. Oktober 2023

Zugang zu einem DDR-Fluchttunnel



18. Oktober 2023

Saxophonist Noah Fischer

Veranstaltung zum 40. Jahrestag des legendären Konzerts von Udo Lindenberg in Ost-Berlin: Im ausverkauften Hackesche Höfe Kino geht es um den Auftritt des Panikrockers im Palast der Republik. Gezeigt wird die Dokumentation „Die Akte Lindenberg – Udo und die DDR“, im Anschluss sprechen der Mitbegründer des Panikorchester Steffi Stephan, Zeitzeuge Martin Schwarz und der stellvertretende Aufarbeitungsbeauftragte, Historiker Dr. Jens Schöne, über die Hintergründe des Konzerts. Für die musikalische Begleitung sorgt Saxophonist Noah Fischer aus dem Panikorchester.

Anlässlich des 34. Jahrestags des Falls der Berliner Mauer zeigt BAB Frank Ebert den Mitgliedern des Bundestagspräsidiums den Campus für Demokratie. Der Berliner Aufarbeitungsbeauftragte erläutert die aktuellen Herausforderungen und die Pläne für die Zukunft des Geländes.

von links: Wolfgang Kubicki, Katrin Göring-Eckardt, Petra Pau, Aydan Özoğuz, ein Bundestags-Mitarbeiter, Yvonne Magwas, Frank Ebert, Bärbel Bas



8. November 2023



9. November 2023

Kronprinzessin Mette-Marit und Kronprinz Haakon in der Gedenkstätte Bernauer Straße

34 Jahre Mauerfall! Zum Jahrestag 2023 ist auch das norwegische Kronprinzenpaar angereist und nimmt an der Gedenkveranstaltung in der Gedenkstätte Berliner Mauer in der Bernauer Straße teil. Gemeinsam mit den anderen Gästen, darunter Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner, die SED-Opferbeauftragte Evelyn Zupke und BAB Frank Ebert, entzünden Ihre Königlichen Hoheiten Kerzen am Denkmal und stecken Rosen in die Hinterlandmauer.


Die BAB-Belegschaft sammelt unter den Kolleginnen und Kollegen warme Kleidung, Schlafsäcke, Hygieneartikel und kleine Geschenke. Die Spenden gehen an das Duschmobil vom Sozialdienst katholischer Frauen. Es ermöglicht obdachlosen Frauen in Berlin, regelmäßig zu duschen und frische Kleidung zu bekommen.

von links: Sozialarbeiterinnen María del Mar Ruiz Serrano und Tabea Erkens vom Duschmobil für Frauen auf der Straße



12. Dezember 2023

3. AUFARBEITUNG DER SED-DIKTATUR IM LAND BERLIN

The page features a large, abstract graphic design. It consists of several overlapping geometric shapes. A large, light gray shape occupies the left and bottom portions of the page. Overlapping this is a white rectangular shape that is slightly offset to the right and bottom. To the right of the white shape is a vertical, olive-green rectangular bar. The top edge of the white shape is slanted downwards from left to right. The overall composition is clean and modern, with a focus on geometric forms and a limited color palette.

Wechsel im Amt des Berliner Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur: Am 9. Februar 2023 verabschiedeten die Mitglieder des Berliner Abgeordnetenhauses Tom Sello, der das Amt des Berliner Aufarbeitungsbeauftragten mehr als fünf Jahre lang ausgefüllt hatte. In seiner Abschiedsrede dankte Sello den Mitgliedern des Abgeordnetenhauses und dem Berliner Senat für ihre Unterstützung: „Wir haben gemeinsam viel erreicht“, sagte der scheidende BAB. „Der Berliner Senat und die Fraktionen im Abgeordnetenhaus haben die Aufarbeitung der SED-Diktatur sehr ernst genommen.“ Redner aller Fraktionen würdigten Sellos Arbeit und seinen jahrzehntelangen Einsatz für Demokratie und für die Aufarbeitung der SED-Diktatur mit langanhaltendem Beifall. Im Anschluss wählten die Abgeordneten einstimmig den DDR-Bürgerrechtler Frank Ebert zu Sellos Nachfolger.



BAB Tom Sello bei seiner letzten Rede im Abgeordnetenhaus

Bei einer Festveranstaltung im Abgeordnetenhaus am 14. Februar 2023 wurde Tom Sello feierlich verabschiedet. Frank Ebert, der seine neue Tätigkeit am 1. März 2023 aufnahm, erhielt seine Ernennungsurkunde. In seiner Antrittsrede bekannte sich Ebert zum Ziel der Weiterentwicklung authentischer historischer Orte in Berlin. Der neue BAB betonte, wie wichtig es sei, die Aufklärung über die SED-Diktatur stärker im Bildungswesen zu verankern: „Wir müssen Lehrer und Schüler befähigen, die richtigen Fragen zu stellen.“

3.1 Weiterentwicklung des Campus für Demokratie

Der Berliner Aufarbeitungsbeauftragte setzte sich auch 2023 intensiv auf Bundes-, Landes- und Bezirksebene dafür ein, den Campus für Demokratie auf dem Areal der ehemaligen Stasi-Zentrale weiterzuentwickeln.

Bei zahlreichen Vor-Ort-Terminen führte der Aufarbeitungsbeauftragte Vertreterinnen und Vertreter aus Politik und Verwaltung über das ehemalige Stasi-Gelände. So empfing Tom Sello zum Beispiel am 23. Januar 2023 die kulturpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Dr. Christiane Schenderlein. Frank Ebert zeigte und erläuterte die Pläne für den Campus am 2. Mai 2023 der Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin, Cornelia Seibeld. Am 27. Oktober 2023 informierten sich der Regierende Bürgermeister Kai Wegner und der Senator für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt,

Joe Chialo, über das Gelände. Das Präsidium des Deutschen Bundestags nahm am 8. November 2023 an einer Führung mit Frank Ebert teil.

Im Februar 2023 beschloss das Abgeordnetenhaus von Berlin den Antrag „Campus für Demokratie gemeinsam mit dem Bund weiterentwickeln“ (Drucksache 19/0864). Den Antrag hatten die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, Die Linke und FDP gemeinsam eingebracht. In seiner letzten Rede als Berliner Aufarbeitungsbeauftragter warb Tom Sello eindringlich dafür, die Entwicklung des Geländes jetzt anzupacken und dafür eine Projektgesellschaft von Land und Bund zu gründen. Der BAB förderte im Berichtsjahr zudem die Erstellung einer erweiterten Machbarkeitsstudie zur Unterbringung des Forums Opposition und Widerstand (1945–1990) auf dem Campus für Demokratie.



Kultursenator
Joe Chialo,
Berlins Regierender
Bürgermeister Kai Wegner
und BAB Frank Ebert
mit Mitarbeiterinnen
und Mitarbeitern
am 27. Oktober 2023
auf dem Campus
für Demokratie



Titelbild der erweiterten Machbarkeitsstudie für das Forum Opposition und Widerstand (1945–1990)

Auch der Deutsche Bundestag bekannte sich zur Weiterentwicklung des Campus für Demokratie. Im Juni 2023 beschloss das Parlament den Antrag von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP „70 Jahre Volksaufstand vom 17. Juni 1953“ ([Drucksache 20/7202](#)). Darin fordert es die Bundesregierung unter anderem auf, die Weiterentwicklung der ehemaligen Stasi-Zentrale in Berlin-Lichtenberg zu einem Campus für Demokratie gemeinsam mit dem Land Berlin voranzutreiben. Auch soll das Forum Opposition und Widerstand (1945–1990), aufbauend auf der im Auftrag des Deutschen Bundestages erstellten Machbarkeitsstudie der Robert-Havemann-Gesellschaft, zügig umgesetzt und in die Gedenkstättenkonzeption des Bundes eingebunden werden.

3.2 Ehemalige Untersuchungshaftanstalt Keibelstraße

Die ehemalige Untersuchungshaftanstalt Keibelstraße soll zu einem Erinnerungsort ausgebaut werden. Mit dem Projekt ist die Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen beauftragt worden. Der Berliner Aufarbeitungsbeauftragte stand im Berichtsjahr im regelmäßigen fachlichen Austausch mit dem Projektteam der Stiftung. Gegenwärtig befindet sich in dem früheren Gefängnis der Lernort Keibelstraße. Vorsitzender des Fachbeirats für den Lernort ist der stellvertretende Berliner Aufarbeitungsbeauftragte Dr. Jens Schöne. Das Gremium berät den Lernort und die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie in Fragen der didaktischen und inhaltlichen Konzeption des Lernorts und zur Qualität der dort verwendeten Materialien. Im Berichtszeitraum fanden zwei Beiratssitzungen statt, am 12. Juli und am 13. Dezember 2023.

Am 18. Dezember 2023 präsentierte die Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen neue Forschungsergebnisse zu Aufgaben, Struktur und Arbeitsweise des Präsidiums der Volkspolizei in der Keibelstraße. Die Untersuchungsergebnisse zeigen erstmals auf einer breiten Quellengrundlage, in welchem Ausmaß das Präsidium der Volkspolizei Berlin die repressiven Vorgaben der SED-Führung bei der Bekämpfung der sogenannten „Jugendkriminalität“ und „Asozialität“ durchsetzte. Bei der Veranstaltung hielt der Berliner Aufarbeitungsbeauftragte Frank Ebert ein Grußwort.

3.3 Zusammenarbeit auf Bundes-, Landes- und Bezirksebene

Der Berliner Aufarbeitungsbeauftragte arbeitet intensiv mit Vertreterinnen und Vertretern der Bundes-, Landes- und Bezirkspolitik zusammen. Mit den für die Aufarbeitung der SED-Diktatur zuständigen Abgeordneten pflegten die BABs Tom Sello (bis Februar 2023) bzw. Frank Ebert (seit März 2023) und der stellvertretende Aufarbeitungsbeauftragte Dr. Jens Schöne im Berichtsjahr einen regen fachlichen Austausch.

Auf Bundesebene besteht eine enge Kooperation mit der Bundesbeauftragten für die Opfer der SED-Diktatur beim Deutschen Bundestag, Evelyn Zupke. Inhaltlich ging es 2023 wie bereits in den Vorjahren darum, für die Verfolgten der SED-Diktatur Verbesserungen zu erreichen. Dazu müssen die bestehenden SED-Unrechtsbereinigungsgesetze novelliert werden. Der BAB hat gemeinsam mit den anderen Landesbeauftragten dem Bundestag dazu inhaltliche Vorschläge geliefert. Außerdem ist im Koalitionsvertrag von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vorgesehen, einen bundesweiten Härtefallfonds für Betroffene einzurichten. Über die gesetzlichen Grundlagen und die finanzielle Ausstattung dieses Fonds bestand 2023 noch keine Klarheit.

Regelmäßig tauscht sich Frank Ebert mit den kulturpolitischen bzw. erinnerungspolitischen Sprecherinnen und Sprechern der demokratischen Bundestagsfraktionen aus. Zur Information über das Zukunftszentrum für Deutsche Einheit und Europäische Transformation in Halle kam der Aufarbeitungsbeauftragte am 20. April 2023 mit dem Stab beim Ostbeauftragten der Bundesregierung, Carsten Schneider, zusammen.

Im März 2023 war Frank Ebert zu Gast bei der Geschichtsmesse in Suhl. Bei der Messe treffen sich Akteurinnen und Akteure aus ganz Deutschland, die im Bereich der Erinnerungskultur und der Aufarbeitung tätig sind. Neben Podiumsdiskussionen und Vorträgen gibt es Workshops, bei denen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ihre spezifischen Projekte vorstellen.

Der Aufarbeitungsbeauftragte und die zuständigen Mitglieder seines Teams besuchen regelmäßig Fachgespräche im Deutschen Bundestag mit inhaltlichem Bezug zur SED-Diktatur, etwa zu Vertragsarbeiterinnen und Vertragsarbeitern sowie zur Situation homosexueller Menschen in der DDR, zu gesundheitlichen Folgeschäden aufgrund politischer Repression oder zum sexuellen Kindesmissbrauch im DDR-Sport. Bei diesen Terminen geht es für den BAB darum, sich über den aktuellen Stand der Diskussion zu den jeweiligen Themen zu informieren und die Expertise der Behörde einzubringen.



Frank Ebert beim Antrittsbesuch bei Katrin Budde, Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Medien im Deutschen Bundestag

Frank Ebert ist Mitglied im Stiftungsrat der Stiftung für ehemalige politische Häftlinge, im Beratungsgremium beim Bundesarchiv und im Stiftungsrat der Bundesstiftung Aufarbeitung.

Er gehört außerdem dem Beratungsgremium an, das die Feierlichkeiten zu 35 Jahren Friedlicher Revolution und Mauerfall 2024 mit Kulturprojekte Berlin vorbereitet. Mit dem Referat Gedenkstätten, Museen, Bildende Kunst der Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt pflegt er einen regelmäßigen Austausch.

Auf Landesebene führte der Aufarbeitungsbeauftragte im Berichtsjahr zahlreiche Gespräche zu den Erinnerungsorten Campus für Demokratie und Keibelstraße, insbesondere mit der Parlamentarischen Fünfer- bzw. Viererrunde. Das sind die Abgeordneten, die für das Themengebiet Aufarbeitung der SED-Diktatur zuständig sind. Der Aufarbeitungsbeauftragte stimmte sich zu den weiteren Schritten auch mit dem Regierenden Bürgermeister, dem Kultursenator und den weiteren Ansprechpartnern in den Senatsverwaltungen ab.



Die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin, Cornelia Seibeld, beim Besuch auf dem Campus für Demokratie mit BAB Frank Ebert

Anlässlich des 70. Jahrestags des Volksaufstands 1953 in der DDR nahm der BAB an mehreren Gedenkveranstaltungen teil und legte Kränze an den Gedenkortern nieder. Traditionell finden am 17. Juni in Berlin Gedenkfeiern und Kranzniederlegungen beispielsweise am Steinplatz in Charlottenburg, am Bodendenkmal in Berlin-Mitte und auf dem Friedhof Seestraße im Wedding statt, um an die Opfer des Volksaufstands zu erinnern.



BAB Frank Ebert bei der Gedenkveranstaltung am Platz des Volksaufstands vom 17. Juni 1953 in der Wilhelmstraße

Gedenkveranstaltungen und Kranzniederlegungen finden auch zum Jahrestag des Mauerbaus statt. Gedacht wird der Opfer von Mauer und Stacheldraht u. a. bei der zentralen Gedenkveranstaltung in der Gedenkstätte Berliner Mauer an der Bernauer Straße und am Peter-Fechter-Mahnmal in der Zimmerstraße. Darüber hinaus laden die Berliner Bezirke sowie einzelne Vereine und Initiativen zu eigenen Veranstaltungen ein. Im Berichtsjahr hielt Frank Ebert auf Einladung des CDU-Ortsverbands „Am Schäfersee“ eine Rede am Gedenkkreuz in der Klemkestraße an der Bezirksgrenze zwischen Reinickendorf und Pankow.

An der Gedenkveranstaltung zum 34. Jahrestag des Mauerfalls vom 9. November 1989 in der Gedenkstätte Berliner Mauer nahmen der norwegische Kronprinz Haakon und Kronprinzessin Mette-Marit teil.

Mit Akteurinnen und Akteuren des Bezirks Lichtenberg ist der Aufarbeitungsbeauftragte ebenfalls gut vernetzt. Er pflegt regelmäßige Kontakte zum Bezirksamt und zu Bezirksverordneten. Einen beständigen Austausch gibt es zur Pflege des Informations- und Leitsystems rund um den Campus für Demokratie, das im Jahr 2022 installiert wurde. Arbeitsbeziehungen bestehen auch zum Museum Lichtenberg, zum Beispiel im Zusammenhang mit der Sonderausstellung „Erinnern in Lichtenberg“.



Frank Ebert (rechts) mit seinem Amtsvorgänger Tom Sello (links) und dem DDR-Oppositionellen Stefan Müller beim Gedenken an den Mauerfall am 9. November

3.4 Arbeitskreis II der Berliner und Brandenburger Gedenkstätten und Aufarbeitungsinitiativen (AK II)

Der Arbeitskreis II umfasst Vertreterinnen und Vertreter von Institutionen, Vereinen und Initiativen zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Die Mitglieder, darunter Leiterinnen und Leiter sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Berlin-Brandenburgischen Aufarbeitungsinstitutionen, Lernorte, Museen, Gedenkstätten und Archive, treffen sich zweimal im Jahr zu einem fachlichen Austausch.

Bei ihrem Treffen am 9. Mai 2023 sprachen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer unter anderem über die erste Teilstudie zur Evaluierung der Aufarbeitung im Land Berlin seit 1990 (Sachstandsbericht Teil 1, siehe Kapitel 5.3). Außerdem ging es um Möglichkeiten der Förderung von Projekten der Aufarbeitung der SED-Diktatur im Land Berlin und um die Angebote der Mitgliedsinstitutionen und -initiativen zum Jahrestag des Volksaufstands in der DDR 1953.

Das zweite Treffen am 14. November 2023 fand in Brandenburg statt: Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer kamen in der Stiftung Gedenkstätte Lindenstraße in Potsdam zusammen. Im Mittelpunkt stand der Jahrestag des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakts vom 23. August 1939. Christoph Meißner, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Geschichtswissenschaften der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, hielt einen Vortrag zum Thema. Niels Schwiderski, Leiter der Geschäftsstelle der SED-Opferbeauftragten beim Deutschen Bundestag, präsentierte die Ergebnisse eines Gutachtens der wissenschaftlichen Dienste des Bundestages zur Frage, wie der europaweite Gedenktag für die Opfer aller totalitären und autoritären Regime am 23. August auf EU-Ebene und in den Mitgliedsstaaten begangen wird.

Der Kontaktpflege und Vernetzung dient der gemeinsame Frühjahrsempfang der Arbeitskreise der Berlin-Brandenburgischen Gedenkstätten und der Bundesstiftung Aufarbeitung, welcher 2023 am 24. April in den Räumen des Berliner Aufarbeitungsbeauftragten stattfand. In seinem Grußwort ging Frank Ebert auf die Bedeutung des am 17. Juni 1953 erkennbaren frühen Widerstandes gegen die SED-Diktatur ein und betonte die Notwendigkeit, eine verstetigte Erinnerung an Opposition und Widerstand in der DDR zu schaffen. Er plädierte auch dafür, die Zusammenarbeit zwischen NS-Gedenkstätten und Gedenkstätten zur SED-Diktatur zu vertiefen.



Frank Ebert im Gespräch mit Gästen des Frühjahrsempfangs am 24. April 2023

3.5 Zusammenarbeit mit den Landesbeauftragten

Die Konferenz der Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Folgen der kommunistischen Diktatur kommt einmal im Monat zum länderübergreifenden Austausch zusammen. Die Treffen finden entweder in der Dienststelle des Berliner Aufarbeitungsbeauftragten statt oder erfolgen per Videokonferenz. Regelmäßig werden externe Expertinnen und Experten dazu eingeladen, zum Beispiel die SED-Opferbeauftragte beim Deutschen Bundestag, Evelyn Zupke, oder Alexandra Titze, Vizepräsidentin des Bundesarchivs.

2023 hat sich die Konferenz im politischen Raum unter anderem dafür eingesetzt, den im Koalitionsvertrag der Ampel-Regierung vorgesehenen Bundeshärtefallfonds zu installieren.

Bei den Treffen wird auch immer wieder deutlich, dass die Gesetze zur Unterstützung von in der DDR politisch Verfolgten bundesweit nicht einheitlich angewendet werden. Die Landesbeauftragten und die Bundesbeauftragte für die Opfer der SED-Diktatur bemühen sich u. a. gemeinsam um Klarstellungen in den jeweiligen Gesetzen, um bessere Voraussetzungen für eine einheitliche Auslegung zu schaffen.



Die Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Folgen der kommunistischen Diktatur (Stand März 2023), von links: Dr. Peter Wurschi (Thüringen), Dr. Nancy Aris (Sachsen), Dr. Maria Nooke (Brandenburg), Frank Ebert (Berlin), Anne Drescher (Mecklenburg-Vorpommern), Birgit Neumann-Becker (Sachsen-Anhalt)

Gemeinsam mit der SED-Opferbeauftragten, der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und den Verfolgtenverbänden veranstalten die Landesbeauftragten einen jährlichen Bundeskongress.

Das Treffen dient dem Austausch und der gegenseitigen Information. 2023 fand der Kongress unter dem Titel „Stagnation & Wandel. Repression und Alltag in der Ära Honecker“ vom 8. bis 10. September in Wernigerode statt. In Vorträgen und Diskussionsrunden setzten sich die Referentinnen und Referenten mit der vermeintlichen Entspannungspolitik in der DDR der 1970er Jahre auseinander. Dabei ging es unter anderem um den DDR-Strafvollzug unter SED-Chef Erich Honecker, um Zersetzung von Gegnern der SED-Diktatur und um die Aktivitäten der Friedens-, Menschenrechts- und Umweltbewegung in der DDR.

In einer gemeinsamen Erklärung aller Landesbeauftragten, der Bundesstiftung Aufarbeitung und der SED-Opferbeauftragten warb der Kongress gegenüber der Politik für die Einführung einer vereinfachten Regelung zur Anerkennung von verfolgungsbedingten Gesundheitsschäden, nach dem Vorbild der Versorgung einsatzgeschädigter Soldatinnen und Soldaten.

Beim Evangelischen Kirchentag im Juni 2023 und zum Tag der Deutschen Einheit im Oktober 2023 präsentierte sich die Konferenz der Landesbeauftragten jeweils mit einem gemeinsamen Stand. In zahlreichen Gesprächen informierten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesbeauftragten Interessierte über Auftrag und Arbeitsweise ihrer Behörden und unterstützten beim Ausfüllen von Anträgen auf Einsicht in die Stasi-Akten.

3.6 Weiteres Engagement

Der Berliner Aufarbeitungsbeauftragte unterstützt die Aktion „Die letzte Adresse“, die 2013 von Memorial in Moskau initiiert wurde. Kleine Metalltafeln markieren die letzten Wohnorte von Menschen, die aufgrund willkürlicher Anschuldigungen von sowjetischen Staatsorganen verhaftet, verurteilt und hingerichtet wurden oder in der Haft zu Tode kamen. Ihre Unschuld wurde im Nachhinein im Rahmen von Rehabilitierungsverfahren bestätigt.

2023 brachte die Stiftung im Beisein von Vertretern des Berliner Aufarbeitungsbeauftragten zwei Gedenktafeln in Berlin an. Seit dem 18. August 2023 erinnert eine Tafel in der Karl-Marx-Straße in Berlin-Neukölln an Wolfgang Waterstraat. Der in West-Berlin lebende Wissenschaftler wurde 1951 in der S-Bahn auf Ost-Berliner Gebiet von DDR-Polizisten verhaftet und 1952 in Moskau hingerichtet. Die Familie erfuhr erst 1959 von seinem Tod, als sie einen Brief des Suchdienstes des Deutschen Roten Kreuzes erhielt. Die wahren Umstände seines Todes wurden der Familie erst 1993 bekannt gemacht, als sie eine Bescheinigung der Generalstaatsanwaltschaft der Russischen Föderation über die vollständige Rehabilitierung von Wolfgang Waterstraat erhielt.

Am 30. Oktober 2023 wurde eine Tafel für Johannes Stabenau in der Grunewaldstraße in Berlin-Schöneberg enthüllt. Der Leiter eines medizinischen Labors wurde während einer Reise nach Jena 1952 verhaftet und wegen Spionage gegen die sowjetischen Streitkräfte in Deutschland zum Tode durch Erschießen verurteilt. Im Jahr 2001 stellte die russische Seite eine Bescheinigung über die vollständige Rehabilitierung von Johannes Stabenau aus, da „kein Straftatbestand vorlag“.



Gedenken an Wolfgang Waterstraat
in Berlin-Neukölln

In seiner Funktion als Berliner Aufarbeitungsbeauftragter hielt Frank Ebert zahlreiche Reden und Grußworte. So war er Laudator für Doris Liebermann bei der Verleihung des Karl-Wilhelm-Fricke-Preises am 15. Juni 2023. Außerdem sprach er u. a. bei der Eröffnung der Freiheits-Skulptur in der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen am 26. September 2023 und beim Bundesfrauenkongress der UOKG am 4. November 2023.

in memoriam



Falco Werkentin, 1944–2023

Am 20. August 2023 ist Dr. Falco Werkentin verstorben. Der Berliner Beauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur trauert um seinen früheren Mitarbeiter, der fast 15 Jahre lang als Stellvertreter der Beauftragter für die Stasi-Unterlagen in Berlin maßgeblich die Arbeit der Behörde geprägt hat.

Falco Werkentin gehörte zu den ersten Mitarbeitern, als die Behörde Anfang 1993 ihre Arbeit aufnahm. Der „Tagesspiegel“ schrieb in seinem Nachruf: „Die Stelle war wie gemacht für ihn, oder er für sie. Er kam aus der DDR und hatte dennoch viele Erfahrungen mit der Westbürokratie. Er schrieb ein Standardwerk über die DDR-Justiz und war auch durch die eigene brüchige Biografie hervorragend geeignet, sich mit den Schicksalen derjenigen zu befassen, die nicht konform waren und Heftiges durchgestanden hatten. Er konnte sehr gut die Täter von den Opfern unterscheiden, doch er wusste eben auch, dass diese in ihrer reinen Form eher selten anzutreffen sind. Die vorherrschende Tönung des Ostens war Grau, nicht Schwarz und Weiß.“¹

Am 10. November 1944 in Tangermünde geboren, erlebte Falco Werkentin die deutsch-deutsche Teilung hautnah. Wenige Monate nach dem Mauerbau floh er unter abenteuerlichen Umständen von Ost nach West-Berlin. Den Grund dafür formulierte er wenige Tage später selbst: „Ich habe es im Osten nicht mehr ausgehalten.“ In West-Berlin legte er das Abitur ab und studierte schließlich Soziologie.

Wissenschaftlich beschäftigte er sich zunächst vor allem mit der Rechts- und Polizeigeschichte der Bundesrepublik. Ab 1990 kam dann ein neues Thema hinzu, dem er fortan treu bleiben sollte: die SED-Diktatur. Auch hierbei stellte die Rechtsgeschichte einen wichtigen Schwerpunkt dar. Sein Buch „Politische Strafjustiz in der Ära Ulbricht“ (1. Auflage 1995) ist bis heute ein Standardwerk. Falco Werkentin war Redakteur der Zeitschrift Bürgerrechte & Polizei/CILIP, bis 2010 Mitglied des Fachbeirats Archive der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und auch darüber hinaus in vielfältiger Weise engagiert.

Werkentin blieb dem Berliner Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur auch in seinem Ruhestand seit 2007 weiter verbunden. Der amtierende Aufarbeitungsbeauftragte Frank Ebert kannte ihn aus jahrzehntelanger Zusammenarbeit: „Wichtige Grundlagen unserer heutigen Tätigkeit basieren auf der Arbeit von Falco Werkentin. Ohne Eitelkeiten war er stets an Inhalten interessiert und hat insbesondere dazu beigetragen, den Unrechtscharakter der DDR-Justiz unmissverständlich herauszuarbeiten.“

Mit Falco Werkentin haben wir nicht nur einen engagierten Streiter für die Aufarbeitung der SED-Diktatur verloren, sondern auch einen sehr geschätzten Menschen. Wir vermissen ihn und werden sein Andenken in Ehren halten.

¹ <https://www.tagesspiegel.de/berlin/nachrufe/nachruf-auf-falco-werkentin-das-war-nun-also-diese-freie-welt-10512097.html>



Jugendliche werfen am
17. Juni 1953 Steine auf sowjetische Panzer in Ost-Berlin

Erinnern

an den Volksaufstand

2023 jährte sich der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 in der DDR zum 70. Mal. Mehr als eine Million Menschen gingen damals auf die Straße, um für Demokratie und gegen das SED-Regime zu protestieren. Sowjetische Soldaten und DDR-Sicherheitskräfte schlugen den Aufstand blutig nieder. Doch wie präsent ist uns dieses wichtige Ereignis der deutschen und europäischen Zeitgeschichte heute? Wie erinnern wir an den Volksaufstand und ist dies noch zeitgemäß?

Bereits wenige Wochen nach dem 17. Juni 1953 erklärte der Deutsche Bundestag den 17. Juni zum „Tag der deutschen Einheit“ und zum gesetzlichen Feiertag in der Bundesrepublik. Doch schon Anfang der 1960er-Jahre verblasste der Volksaufstand in der kollektiven Erinnerung. Der Feiertag war für viele Menschen in Westdeutschland willkommene Auszeit; das Gedenken an die Ereignisse stand immer weniger im Mittelpunkt. Ende der 1960er-Jahre dachte die Bundesregierung sogar darüber nach, den Feiertag abzuschaffen. Feierlichkeiten im Bundestag fanden jenseits des Gedenkens in den regulären Sitzungen lange Jahre nicht mehr statt.

Und in der DDR? Die SED deutete den Aufstand öffentlich als vom Westen inspirierten „faschistischen Putschversuch“. Der 17. Juni 1953 und die Massenproteste gegen die Diktatur waren ein Tabuthema. So spielte der Volksaufstand und das mutige Aufbegehren seiner Protagonistinnen und Protagonisten für viele Oppositionelle in den 1980er-Jahren keine Rolle mehr.

Nach der Friedlichen Revolution von 1989/90 und dem Sturz des SED-Regimes bestimmte der Einigungsvertrag den 3. Oktober zum „Tag der Deutschen Einheit.“ Am 17. Juni gedachte man weiterhin der Opfer, legte Kränze auf dem Friedhof an der Seestraße oder anderen Orten nieder. Das Erinnern an den Volksaufstand wurde von den frischen Erinnerungen an die Friedliche Revolution überstrahlt.

Freilich gibt es – gerade in „runden“ Gedenkjahren wie 2023 – vielerlei Projekte, mit denen die Geschichte des 17. Juni thematisiert und an die Opfer gedacht wird. Doch steckt die Erinnerungs- und Gedenkkultur zu oft in überkommenen und deshalb unattraktiven Formaten fest. Wir legen Kränze an verschiedenen Orten nieder, verständigen uns in der Wissenschafts- und Aufarbeitungsgemeinschaft über die Bedeutung des Volksaufstandes, und es erscheinen – auch dies immer weniger – neue Forschungsergebnisse zum 17. Juni. Doch können wir in der Gesellschaft unserer Stadt und unseres Landes damit noch Aufmerksamkeit wecken? Können die Menschen heute noch daran anknüpfen und sich ein eigenes Bild vom Volksaufstand und seiner Bedeutung für unsere Geschichte machen? Mit Blick auf die letzten Jahre ist Skepsis angebracht.

Gleichzeitig ist festzustellen, dass das Interesse für die Geschichte des Volksaufstandes und seiner Folgen durchaus geweckt werden kann, wenn wir zeitgemäße Formate wählen, wenn wir uns auf die

Schauspieler
Gregor Knop liest aus
Klaus Kordons Buch
„Tage wie Jahre“
vor Schulklassen
im Berliner
Abgeordnetenhaus



Bedürfnisse unserer jeweiligen Gesprächspartnerinnen und -partner einstellen und Bezüge zu aktuellen Themen einbauen. Das zeigte sich im Juni 2023 bei einer unserer Veranstaltungen im Abgeordnetenhaus, als fast 200 Kinder im Grundschulalter an einer Lesung aus dem Buch „Tage wie Jahre“ von Klaus Kordon teilnahmen.

Darin geht es um die Geschichte des 10-jährigen Frank, der den Aufstand in Ost-Berlin erlebte. Die Kinder hatten somit ein lebendiges Beispiel vor Augen und konnten ihre Fragen zu den Geschehnissen mit dem Historiker und stellvertretenden Aufarbeitungsbeauftragten Dr. Jens Schöne besprechen.

Es ist nichts Neues, dass wir durch Aktualitätsbezüge und zeitgemäße Formate Menschen besser erreichen. Doch in der Aufarbeitung und Vermittlung der Geschichte der SBZ/DDR besteht dringender Nachholbedarf. Es ist unbedingt nötig, deren Relevanz – nicht nur des 17. Juni 1953 – in der Gesellschaft wieder stärker zu verankern.

Einen Beitrag dazu wird das von Bund und Land geplante Forum Opposition und Widerstand (1945–1990) leisten. Dort wird die DDR-Geschichte Ausgangspunkt für eine Auseinandersetzung mit der Gegenwart sein. Das Forum wird zeigen, dass Themen, die die Menschen vor Jahrzehnten in Ostdeutschland bewegten, auch heute noch aktuell sind: der Kampf um politische Teilhabe und um Freiheits- und Menschenrechte, der Schutz der Umwelt, die Herstellung sozialer Gerechtigkeit, die Sicherung des Friedens sowie – besonders angesichts aktueller Ost-West-Debatten – die Deutsche Einheit. Wenn es uns gelingt, auf diese Weise für gesellschaftliche Herausforderungen der Gegenwart zu sensibilisieren, wenn wir Geschichte mehr denn je neu, modern vermitteln, dann wird auch die Erinnerung an den Volksaufstand von 1953 nicht länger verblassen.

Dieser Text ist eine überarbeitete Fassung eines Namensbeitrags von Frank Ebert, der am 17. Juni 2023 in der Sonderbeilage der Berliner Zeitung zum 70. Jahrestag des Volksaufstands erschienen ist.

4. BERATEN



Die Beratung von Menschen, die in der SBZ/DDR politisch verfolgt wurden, gehört zum gesetzlichen Auftrag des Berliner Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und bildet einen der Schwerpunkte seiner Tätigkeit. Denn der Beratungsbedarf von Betroffenen bleibt weiterhin hoch. 2023 verzeichnete das BAB-Team sogar eine Zunahme an Beratungsanfragen im Vergleich zum Vorjahr. Insgesamt gingen im Berichtsjahr rund 2.300 Anfragen von Betroffenen und öffentlichen Stellen ein. Der Aufarbeitungsbeauftragte führt dies darauf zurück, dass die Arbeit des BAB bekannter geworden ist – durch intensive Öffentlichkeitsarbeit sowie durch die Verbreitung neuer Informationsflyer speziell zum Beratungsangebot und zum Härtefallfonds.

Die Beraterinnen und der Berater beim BAB unterstützen ehemalige politische Häftlinge bei der Antragstellung auf Rehabilitierung, Entschädigung, soziale Ausgleichs- und Unterstützungsleistungen und besondere Zuwendung (Opferrente) nach den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen (SED-UnBerG). Das Team berät auch zur Anerkennung verfolgungsbedingter Gesundheitsschäden sowie von beruflichen und schulischen Benachteiligungen. Grundlagen sind die Gesetze zur strafrechtlichen (StrRehaG), beruflichen (BerRehaG) und verwaltungsrechtlichen (VwRehaG) Rehabilitierung.



**Jens Planer-Friedrich,
Abteilungsleiter Bürger-
beratung und Beratung
öffentlicher Stellen**

Auch von Nachkommen politisch Verfolgter erreichten den BAB im Berichtszeitraum Anfragen. Hier geht es vordergründig um eine Rehabilitierung der Angehörigen, oft aber auch um die Aufklärung von Schicksalen und Biografien, Aufarbeitung von Familiengeschichten und Akteneinsicht zu verstorbenen Angehörigen.

Die Beratung öffentlicher Stellen des Landes Berlin gehört ebenfalls zu den Aufgaben des Berliner Aufarbeitungsbeauftragten. Hinzu kommt die Bearbeitung von Anfragen aus den westdeutschen Bundesländern und dem Ausland.

4.1 Bürgerberatung

Bei den Beratungsthemen bildete die strafrechtliche Rehabilitierung (StrRehaG) von ehemaligen DDR-Heimkindern im Berichtsjahr einen Schwerpunkt. Seit im Jahr 2019 die Möglichkeiten der strafrechtlichen und der beruflichen Rehabilitierung für diese Gruppe verbessert und erleichtert wurden, wenden sich mehr und mehr Betroffene von Unrechtserfahrungen in DDR-Spezialkinderheimen und Jugendwerkhöfen an den BAB. 2023 verzeichnete das Beratungsteam eine erhebliche Steigerung der Anfragen im Vergleich zum Vorjahr. In den Gesprächen mit den Betroffenen weisen die Beraterinnen und der Berater des BAB immer wieder darauf hin, dass es inzwischen möglich ist, einen Zweit- oder

Wiederaufnahmeantrag auf Rehabilitierung zu stellen, wenn der Erstantrag vor der Novellierung des StrRehaG im Jahr 2019 abgelehnt wurde.

Während das Berliner Landgericht derartige Anträge akzeptiert, werden sie von den Landgerichten in Thüringen zurückgewiesen. Hier sieht der Berliner Aufarbeitungsbeauftragte Regelungsbedarf durch den Bundesgesetzgeber. Das Recht auf Zweitantrag sollte bei einer anstehenden Novellierung der SED-UnBerG explizit in den Gesetzestext aufgenommen werden.

Insgesamt sind die Beratungsfälle vielfältig, wie die folgenden Beispiele zeigen:

BEISPIEL 1

Herr B., Jahrgang 1969, informierte sich beim Beratungsteam des BAB über Möglichkeiten der Rehabilitierung. B. war von Januar bis September 1987 im Jugendwerkhof Freital untergebracht. Die Chancen auf Rehabilitierung schätzte die BAB-Beraterin als hoch ein. Denn nach § 10 Absatz 3 StrRehaG wird vermutet, „dass die Anordnung der Unterbringung in einem Heim für Kinder oder Jugendliche der politischen Verfolgung oder sonst sachfremden Zwecken diene, wenn eine Einweisung in ein Spezialheim oder in eine vergleichbare Einrichtung, in der eine zwangsweise Umerziehung erfolgte, stattfand.“ Ein Jugendwerkhof wird als vergleichbare Einrichtung gewertet.

Der BAB unterstützte Herrn B. erfolgreich bei der Suche nach Unterlagen, die seinen Aufenthalt in Freital belegen, und motivierte ihn, den Antrag auf strafrechtliche Rehabilitierung zu stellen. Die Rehabilitierung ist Voraussetzung, um einen Antrag auf Opferrente zu stellen und die Kapitalentschädigung für die zu Unrecht im Jugendwerkhof verbrachte Zeit zu erhalten.

Durchgangsheim Alt-Stralau.
Durchgangsheime der DDR-Jugendhilfe waren geschlossene Einrichtungen mit gefängnisartigen Sicherheitsvorkehrungen für Kinder und Jugendliche. Von hier aus wurden sie auf andere Heime und Jugendwerkhöfe in der ganzen DDR verteilt.



In manchen Fällen ergibt sich im Laufe der Gespräche weiterer Beratungsbedarf. Dies war bei Herrn B. der Fall.

BEISPIEL 2

Im Gespräch mit Herrn B. hatte sich herausgestellt, dass er durch die Einweisung in den Jugendwerkhof seine im September 1986 begonnene Berufsausbildung unterbrechen musste. B. erklärte, nach seiner Entlassung aus dem Jugendwerkhof sei er als Hilfsarbeiter tätig gewesen. Die begonnene Ausbildung habe er erst nach der Wiedervereinigung 1990 wieder aufgenommen und erfolgreich abgeschlossen.

Hier greifen die Möglichkeiten der beruflichen Rehabilitation (BerRehaG). Nach § 1 Absatz 1 BerRehaG hat Anspruch auf Leistungen, wer zu Unrecht Freiheitsentziehung erlitten hat und weder seinen bisher ausgeübten, begonnenen, erlernten oder durch den Beginn einer berufsbezogenen Ausbildung nachweisbar angestrebten noch einen sozial gleichwertigen Beruf ausüben konnte.

Herr B. kann also auch einen Antrag auf berufliche Rehabilitation stellen. Der BAB wird ihn bei der Antragstellung und beim Auffinden von Unterlagen unterstützen. Bei einer rehabilitierten Verfolgungszeit von Januar 1987 bis 2. Oktober 1990 hätte Herr B. neben rentenrechtlicher Anerkennung auch die Möglichkeit, Ausgleichsleistungen nach § 8 BerRehaG zu beantragen, da die Verfolgungszeit mehr als drei Jahre beträgt.

Nicht wenige Betroffene sehen sich erst jetzt, 35 Jahre nach Friedlicher Revolution und Mauerfall, in der Lage, sich mit ihrer erlittenen Verfolgung

auseinanderzusetzen und Ansprüche geltend zu machen. Das zeigt auch das folgende Beispiel:

BEISPIEL 3

Frau W., Jahrgang 1965, hat nach Abschluss der 10. Klasse an der Polytechnischen Oberschule (POS) von 1982 bis 1985 die Pädagogische Schule für Kindergärtnerinnen in Halle besucht. Nach ihrem Fachschulabschluss arbeitete sie als Kindergärtnerin. Im August 1985 stellte sie einen Ausreiseantrag und wurde daraufhin sofort entlassen. Ab November 1985 bis zur Wiedervereinigung arbeitete sie als pflegerische Hilfskraft.

Mit Hilfe des BAB stellte Frau W. einen Antrag auf berufliche Rehabilitierung beim Landesverwaltungsamt Halle (Saale). Ziel war eine Anerkennung ihrer Verfolgungszeiten wegen der Kündigung und der anschließenden beruflichen Nachteile und Einkommensverluste. Frau W. ist inzwischen für die Zeit seit ihrer Entlassung bis zur Wiedervereinigung beruflich rehabilitiert und kann entsprechende Ansprüche geltend machen.



„Ich will nach den Westen“,
Schriftzug mit Kreide vor
der Sophienkirche in Ost-Berlin
(Juni 1988)

Das Team des Aufarbeitungsbeauftragten wird auch immer wieder mit sehr komplexen Fällen konfrontiert, in denen es um teils sehr lange zurückliegende Ereignisse geht. Im folgenden Beispiel wandte sich ein Angehöriger an den BAB, um ggf. Entschädigungsleistungen für sich und seine Mutter wegen der Verfolgung seines Vaters zu bekommen. Er hatte bei der Auflösung der Wohnung der dementen Mutter zahlreiche Unterlagen gefunden. Diese belegen aus seiner Sicht, dass sein Vater durch den Druck des Ministeriums für Staatssicherheit in den Freitod getrieben wurde.

BEISPIEL 4

Der Vater von Herrn M. war von 1969 bis 1975 Sänger des Staatlichen Rundfunkchors der DDR. Im Februar 1975 wurden er und zwei weitere Sänger fristlos entlassen, weil ihnen „westliche Orientierung“ vorgeworfen und Fluchtpläne in die Bundesrepublik unterstellt wurden. Der Widerspruch der Betroffenen hatte keinen Erfolg, vielmehr waren sie massiven Drohungen seitens der Staatssicherheit ausgesetzt.

Nach der Entlassung konnte der Vater von Herrn M. beruflich nicht mehr Fuß fassen. Das geht aus dem „Bericht zur Aufnahme von Rehabilitierungsverfahren für die ehemaligen Kollegen ...“ hervor, den die Arbeitsgruppe „Opfer des Stalinismus“ des Rundfunkchors 1990 veröffentlichte. „In Erkenntnis der Ausweglosigkeit seiner Situation beging er Selbstmord“, so das Fazit der Arbeitsgruppe zum Fall von Herrn M.s Vater. Am 20. Februar 1990 forderte die Arbeitsgruppe seine posthume Rehabilitierung sowie Schadensersatz für 16 Jahre Verdienst- und Honorarausfall. Die Leitung des Funkhauses Berlin (Nachfolger des Rundfunks der DDR) war bereit, der Witwe und dem Sohn des Verstorbenen bei einer Klage auf angemessene materielle Entschädigung rechtlichen Beistand zu leisten und sie finanziell zu unterstützen.

Die DDR-Volkskammer verabschiedete jedoch erst am 6. September 1990 ein Rehabilitierungsgesetz, das Betroffene von strafrechtlichem, verwaltungsrechtlichem und beruflichem Unrecht rehabilitieren sollte. Nach dem Beitritt zur Bundesrepublik vier Wochen später blieb nur jener Teil in Kraft, der die strafrechtliche Rehabilitierung zum Inhalt hatte. Somit hatten sich die Hoffnungen der Hinterbliebenen auf eine angemessene Entschädigung zunächst zerschlagen. Erst vier Jahre später trat das VwRehaG in Kraft. Zu diesem Zeitpunkt hatte die Familie ihr Anliegen jedoch nicht mehr im Blick. Erst 20 Jahre später, unter sehr veränderter Lebenssituation für Mutter und Sohn, war der Zeitpunkt gekommen, neu anzuknüpfen.

Die BAB-Beraterin klärte Herrn M. darüber auf, dass er als Hinterbliebener nach § 8 Absatz 1 VwRehaG einen Rehabilitierungsantrag stellen und Folgeansprüche geltend machen kann. Nach § 4 VwRehaG erhalten die Hinterbliebenen auf Antrag Versorgung in entsprechender Anwendung des Bundesversorgungsgesetzes, wenn der Betroffene von verwaltungsrechtlichem Unrecht im Beitrittsgebiet an den Folgen der Schädigung gestorben ist.

Insgesamt sind beim LAGeSo seit 2019 96 Anträge auf Anerkennung von Zersetzungsmaßnahmen eingegangen. Auffällig ist, dass davon nur insgesamt 16 und damit jeder sechste Antrag positiv beschieden wurden. Um zu klären, warum die Anerkennungsquote so gering ist, hat der BAB angeregt, dass das Stasi-Unterlagen-Archiv und das LAGeSo in einen Austausch gehen. Ein erstes Sachgespräch zur Problematik unter Beteiligung des BAB fand im Februar 2024 im Stasi-Unterlagen-Archiv statt.

Wenige Beratungsanfragen an den BAB bezogen sich auf die Anerkennung von verfolgungsbedingten Gesundheitsschäden. Auch beim Berliner Versorgungsamt im LAGeSo gingen 2023 nur 21 Anträge ein. Davon wurde lediglich ein Antrag mit einem Grad der Schädigung von über 30 beschieden, was eine Bewilligung von Geldleistungen beinhaltet. Zehn Anträge waren noch nicht abschließend bearbeitet.

Zum 1. Januar 2024 sind neue Regelungen für den Bereich der Anerkennung von Gesundheitsschäden im SGB XIV in Kraft getreten. Hier sind insbesondere höhere Geldleistungen für bereits positiv beschiedene Fälle vorgesehen. Ob die neuen gesetzlichen Regelungen gute Effekte im Sinne einer höheren Anerkennungsquote nach sich ziehen, bleibt abzuwarten.

4.2 Härtefallfonds

Im Jahr 2020 beschloss der Berliner Senat, einen Härtefallfonds für anerkannte Verfolgte der SED-Diktatur aufzulegen. Aus Mitteln des Fonds sollen Menschen unterstützt werden, die in der sowjetischen Besatzungszone oder in der DDR politisch verfolgt wurden, rehabilitiert sind, sich aktuell in einer besonderen wirtschaftlichen Notlage befinden und ihren Wohnsitz in Berlin haben. Über die Vergabe der Unterstützungsleistungen entscheidet der jeweilige Berliner Aufarbeitungsbeauftragte unter Mitwirkung eines Beirats. Dem Beirat gehören die SED-Opferbeauftragte beim Deutschen Bundestag Evelyn Zupke und der ehemalige politische Häftling Mario Röllig an. 2023 kam der Beirat vier Mal zusammen, um über Hilfen zu beraten.



**Sitzung des Beirats für den Härtefallfonds
im April 2023**
von links: BAB-Beraterin Yvonne Laue,
Mario Röllig, BAB-Beratungsleiter
Jens Planer-Friedrich, Evelyn Zupke, Frank Ebert

Die Unterstützungsleistungen können für berufliche (Nach-)Qualifizierung, medizinische Versorgung, Verbesserung der wohnlichen Bedingungen, Ausstattung mit technischen Geräten, Verbesserung der Mobilität oder soziale Teilhabe gewährt werden. Sie sollen bestehende Regelversorgungssysteme ergänzen und werden nur bewilligt, wenn keine anderen Leistungsträger, wie z. B. Jobcenter, Rentenversicherung oder Krankenkasse zuständig sind

oder die beantragte Leistung dort abgelehnt wurde. Laufende Kosten (z. B. Miete) oder Schulden werden nicht erstattet. Eine Richtlinie (siehe Anhang, S. 81–83) regelt das Prozedere der einmaligen Hilfestellung. Jeder Einzelfall wird von der zuständigen BAB-Beraterin individuell geprüft. Dazu finden persönliche Gespräche in den Beratungsräumen des BAB statt. In Einzelfällen sind auch Hausbesuche möglich.

Häufigste Bedarfe (Mehrfachnennungen möglich)

Hilfekategorie	Beschreibung	Anzahl
Fortbildung	Finanzierung von Weiterbildungskursen	1
Technik	Ausstattung mit technischen Geräten (Kühlschrank, Waschmaschine u.ä.)	5
Gesundheit	Übernahme von Eigenanteilen zu medizinischen Behandlungen oder Hilfsmitteln wie Zahnersatz oder Brillen	7
Wohnen	Bedarfe für Wohnungsausstattung (Einrichtungsgegenstände und Renovierungskosten)	9
Mobilität	Ausstattung mit Fahrrädern oder E-Bikes	10
soziale Teilhabe/ Kommunikationshilfen	Mobilfunkgeräte und Computertechnik	11

Im Jahr 2023 standen im Härtefallfonds 100.000 Euro zur Verfügung. Vereinbarungen über Hilfen wurden mit 20 Personen geschlossen. Insgesamt bewilligte der BAB im Berichtszeitraum Unterstützungsleistungen in Höhe von 67.830 Euro.

Soziale Lage der Antragstellerinnen und Antragsteller

Abbildung 1:
Einkommenssituation

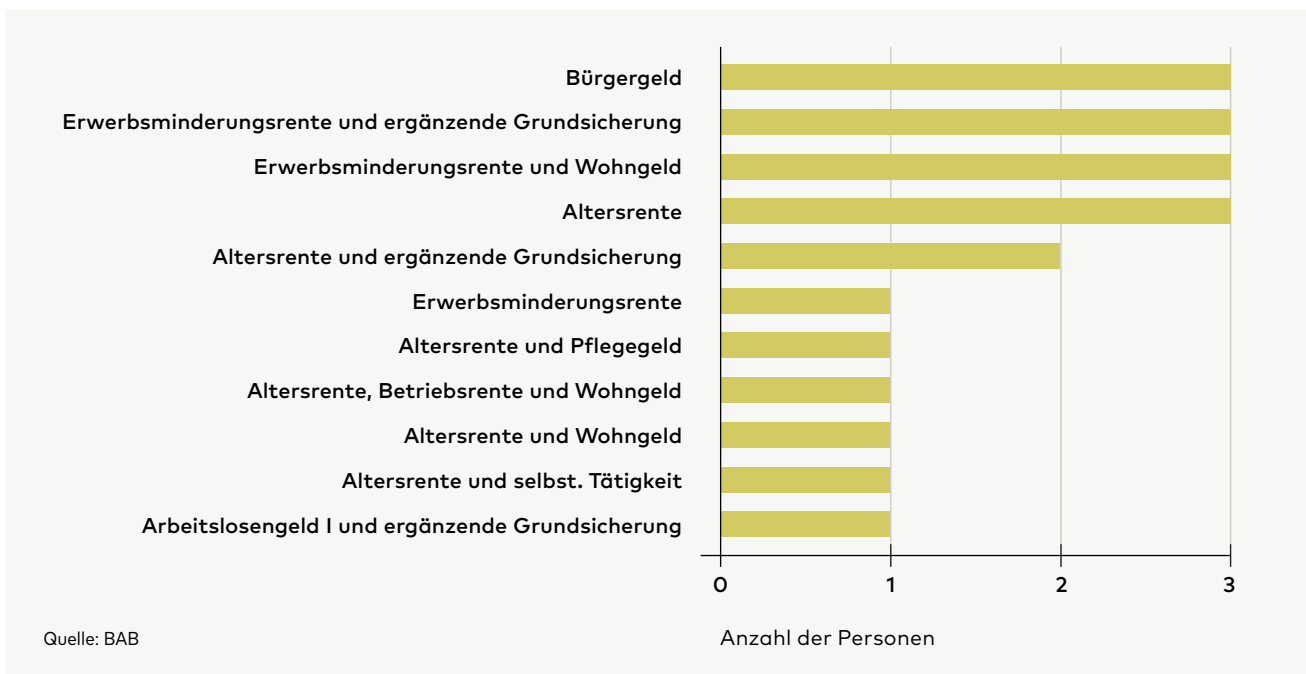
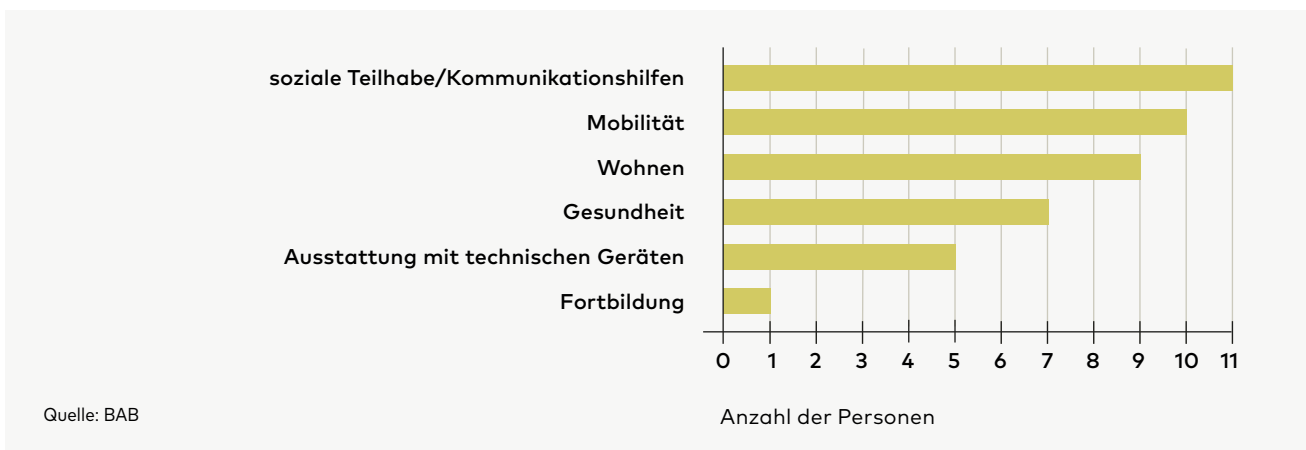


Abbildung 2:
Verteilung der finanziellen Unterstützung des Härtefallfonds im Jahr 2023 auf Hilfekategorien



BEISPIEL 1

Frau D. wurde im Alter von 15 Jahren in eine venerologische Station zwangseingewiesen. Diese geschlossenen Stationen, die sich meist in Krankenhäusern befanden, dienten in der DDR vordergründig der Behandlung von Geschlechtskrankheiten. Meist gab es keine medizinische Indikation für die Einweisung, sondern disziplinarische Gründe.

Die betroffenen Mädchen und Frauen mussten mehrmals wöchentlich gynäkologische Untersuchungen und medizinische Tests erdulden. Sie bekamen Medikamente verabreicht, obwohl keine Geschlechtskrankheit vorlag.

Nach drei Wochen in der venerologischen Station kam Frau D. in ein Durchgangsheim und später bis zur Volljährigkeit in einen Jugendwerkhof. Für die Aufenthalte auf der venerologischen Station, im Durchgangsheim und im Jugendwerkhof wurde sie rehabilitiert. Die alleinstehende Frau erhält dafür die monatliche Opferrente, außerdem bezieht sie Erwerbsminderungsrente und ergänzende Grundsicherung.

Frau D. erhielt aus dem Härtefallfonds finanzielle Unterstützung zur Anschaffung eines speziellen Lastenrades. Mit diesem Rad kann sie sich zum einen besser selbst versorgen, z. B. Einkäufe transportieren. Zum anderen kann sie ihren Hund, der für sie die wichtigste Stütze ist, auf Ausflüge mitnehmen.



Frau D. bedankte sich bei der BAB-Beraterin mit einem Brief und schickte ein Foto ihres Hundes im neuen Lastenfahrrad mit

BEISPIEL 2

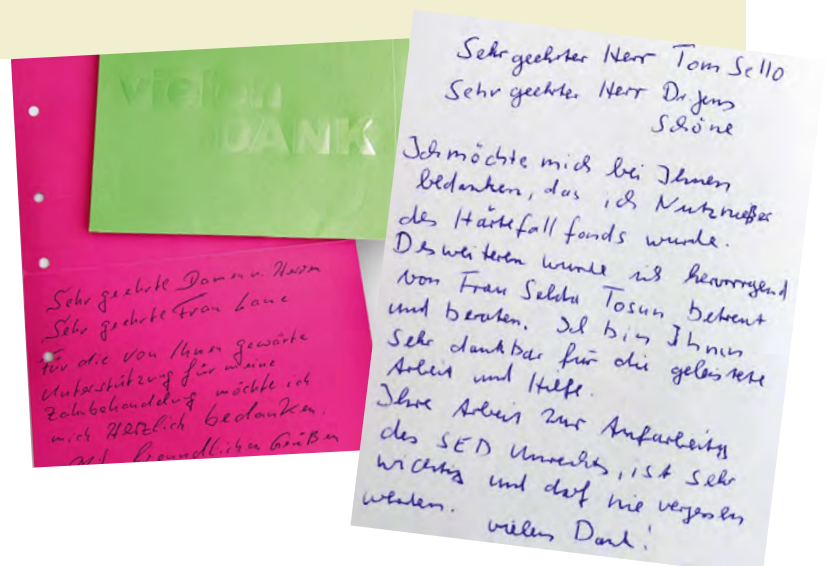
Herr F. hatte in der DDR im Gefängnis gesessen, nachdem er 1984 beim Versuch festgenommen worden war, mithilfe einer Fluchthilfeorganisation in die Bundesrepublik zu gelangen. Mehrfach hatte er zuvor Ausreiseanträge gestellt, welche die DDR-Behörden allesamt abgelehnt hatten. 1985 kaufte die Bundesrepublik Herrn F. frei. Für seine Haftzeit wurde er strafrechtlich rehabilitiert. Er erhält die Opferrente nach § 17a StrRehaG, außerdem bezieht er eine Altersrente.

Seit einer Oberschenkelamputation im Jahr 2022 ist Herr F. auf den Rollstuhl angewiesen. Dennoch möchte er sich so weit wie möglich selbstständig und unabhängig fortbewegen. Seine Wege mit öffentlichen Verkehrsmitteln zurückzulegen, ist für den Rollstuhlfahrer jedoch sehr beschwerlich und zeitaufwändig. Außerdem wäre er dabei auf Aufzüge angewiesen, die bei U- und S-Bahnen nicht immer funktionsfähig sind.

Herr F. wollte deshalb sein Auto behindertengerecht umbauen lassen. Die BAB-Beraterin unterstützte ihn zunächst, einen Antrag auf Umbau beim zuständigen Teilhabefachdienst zu stellen. Dieser wurde jedoch abgelehnt. Der Teilhabefachdienst verwies Herrn F. auf den sogenannten „Sonderfahrdienst“ für behinderte Menschen. Das Amt teilte ihm außerdem mit: „Auch andere langjährige Autofahrer müssen sich, insbesondere nach Eintritt ins Rentenalter, aus gesundheitlichen oder finanziellen Gründen darauf einstellen, nicht mehr über einen PKW zu verfügen.“

Über den Härtefallfonds konnte der Umbau des Pkw finanziert werden. Seitdem kann Herr F. seine täglichen Wege wieder eigenverantwortlich meistern.

Dass die Hilfen aus dem Härtefallfonds bei den Bedürftigen ankommen und dazu beitragen, ihre Lage zu verbessern, zeigen auch die Dankeschreiben, die der BAB erhält.



4.3 Beratung öffentlicher Stellen

Die Beratung von öffentlichen Stellen des Landes Berlin ist eine weitere wichtige Aufgabe des Berliner Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Die Themen haben sich jedoch in den vergangenen Jahren verändert. In den ersten Jahren nach der Einrichtung der Behörde beriet der Beauftragte Berliner Institutionen vor allem hinsichtlich der Überprüfung von Beschäftigten auf Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit der DDR. Heute ist die Zahl der zu überprüfenden Amtsträgerinnen und Amtsträger stark zurückgegangen. Die Stasi-Überprüfung spielt keine bedeutende Rolle mehr.

Stattdessen liegt der Schwerpunkt bei der Beratung öffentlicher Stellen des Landes Berlin nun darin, die Verwaltungen dabei zu unterstützen, Rehabilitierungsverfahren transparenter zu gestalten, bürokratische Hemmnisse abzubauen und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für den Umgang mit den betroffenen Menschen zu sensibilisieren.

Immer wieder erreichen den Berliner Aufarbeitungsbeauftragten auch Ersuchen auf Amtshilfe aus westlichen Bundesländern.

BEISPIEL

Herr E., Mitarbeiter eines Sozialamtes einer größeren Stadt in Baden-Württemberg, wandte sich an den BAB, weil ihm ein Antrag auf Ausgleichsleistungen nach § 8 BerRehaG vorlag. In diesem Zusammenhang wollte er in Erfahrung bringen, ob bei der Ermittlung der materiellen Bedürftigkeit der Antragstellerin Einkommen UND Vermögen herangezogen werden dürfen. Ein derartiger Antrag habe in seinem Amt noch nie vorgelegen, weshalb eine große Unsicherheit hinsichtlich des Vorgehens bestehe. Der BAB erläuterte dem Mitarbeiter den Wortlaut des Gesetzes, wonach ausschließlich das Einkommen bei der Ermittlung der Bedürftigkeit herangezogen werden darf.

Evaluierung – Sachstandsbericht

Der Berliner Aufarbeitungsbeauftragte ist vom Berliner Senat im Oktober 2018 beauftragt worden, einen Sachstandsbericht zur Aufarbeitung der SED-Diktatur im Land Berlin zu erstellen. Darin sollen der Stand der Aufarbeitung und die Folgen der SED-Diktatur evaluiert und politische Handlungsempfehlungen abgeleitet werden. Wegen der thematischen Bandbreite und der Komplexität des Vorhabens hat der BAB beschlossen, mehrere Teilstudien jeweils von unabhängigen wissenschaftlichen Instituten/ Dienstleistern erstellen zu lassen.

Studie 1 – Rehabilitierungspraxis und Beratungslandschaft

Im August 2022 erschien die erste Untersuchung zur Evaluierung der Aufarbeitung der SED-Diktatur im Land Berlin von 1990 bis 2020. Die vom Berliner Institut für Sozialforschung GmbH (BIS) erstellte Studie gibt einen umfassenden Einblick in die Rehabilitierungspraxis und Beratungslandschaft für in der SED-Diktatur politisch Verfolgte. Zugleich haben die Autorinnen und Autoren der Studie Handlungsempfehlungen formuliert, die sich an Politik, Verwaltung und Beratungsstellen richten.

Im Berichtsjahr legte die zuständige Projektreferentin den Fokus darauf, die Ergebnisse und Handlungsempfehlungen der Studie weiter bekannt zu machen und Akteurinnen und Akteure zu beraten, wie sie die Empfehlungen umsetzen können. Dabei geht es sowohl um eine Überarbeitung bzw. Novellierung der bestehenden Rehabilitierungsgesetze als auch um eine Beschleunigung der Rehabilitierungsverfahren. Die Umsetzung der Handlungsempfehlungen ist dringlich, da der überwiegende Teil der Verfolgten der SED-Diktatur bereits über 60 Jahre alt ist. Wünschenswert wäre es zum Beispiel, wenn das Bundesarchiv in die Lage versetzt würde, Anfragen zu Akten für Rehabilitierungsverfahren schneller bearbeiten zu können.

Projektreferentin Jana Bertels
stellte die Studienergebnisse am 9. Mai 2023
den Mitgliedern des Arbeitskreises II vor



Die BAB-Projektreferentin erstellte zunächst ein Konzept zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen und erarbeitete Checklisten für die jeweiligen Akteure, u. a. für das LAGeSo und die Beratungseinrichtungen.

Am 31. Januar 2023 sprachen der Leiter der BAB-Abteilung Bürgerberatung und Beratung öffentlicher Stellen sowie die BAB-Projektreferentin im LAGeSo mit dem zuständigen Abteilungsleiter und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Rehabilitierungsbehörde. Der konstruktive Austausch diente dem Ziel, die Verfahren zur Rehabilitierung und Entschädigung für Betroffene transparenter zu machen und bürokratische Hürden abzubauen.

Beim Netzwerktreffen der Beratungseinrichtungen am 24. August 2023 tauschten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer über die an sie gerichteten Handlungsempfehlungen aus. Dabei ging es unter anderem darum, Beratungsangebote mit Hilfe einer zielgruppenspezifischen Strategie sichtbarer und bekannter zu machen. Dazu zählen bessere und informativere Internetauftritte der Beratungsstellen, die Auskunft geben über die jeweiligen Beratungsschwerpunkte und -möglichkeiten sowie die



Die bereits erschienen Studien zur Evaluierung der Aufarbeitung der SED-Diktatur

konkreten Ansprechpersonen. Außerdem bleibt es wichtig, geeignetes Personal zu finden, um auch zukünftig qualifizierte Beratung anbieten zu können. Die Beratungsstellen sollten sich gegenseitig beim Generationswechsel und Wissenstransfer unterstützen sowie für eine fortlaufende Weiterqualifizierung ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Sorge tragen.

Bei einem Arbeitstreffen des BAB-Beratungsleiters mit der SED-Opferbeauftragten beim Deutschen Bundestag und weiteren Akteuren aus den Bundesländern am 8. November 2023 ging es um die Opfer staatlichen Dopings in der DDR. Es wurde vereinbart, einen Handlungsleitfaden für Rehabilitierungsbehörden zum Umgang mit der Problematik und den Betroffenen zu entwickeln.

Studie 2 – Archivierung und Dokumentation von Beständen mit DDR-Provenienz

Im Berichtsjahr setzte Facts & Files Historisches Forschungsinstitut die Arbeit an der zweiten Teilstudie des Sachstandsberichts zur Aufarbeitung der SED-Diktatur fort. Darin geht es um eine systematische Bestandsaufnahme der Archivierung und Dokumentation von Beständen aus SBZ/DDR-Provenienz. Nachdem bereits im Jahr 2022 insgesamt 159 Archive mit passenden Beständen im Land Berlin ermittelt und von diesen Daten abgefragt wurden, ging Facts & Files nun daran, die gewonnenen Daten

auszuwerten und die Studie zu erstellen. Dazu gehörte auch, die Maßnahmen zur Bestandserhaltung, Digitalisierung und Zugänglichmachung von Archivgut im Land Berlin zu analysieren.

Die Projektreferentin begleitete die Arbeit an der Studie durch eine fachlich-methodische Prüfung der einzelnen Arbeitsschritte und der unterschiedlichen Entwürfe des Berichts. Auf Basis der ersten Studienergebnisse wurde mit der Ableitung von Handlungsempfehlungen begonnen.

Vorbereitung weiterer Studien

Im Berichtsjahr wurden die Untersuchungsfelder für die weiteren Studien im Bereich Erinnerungskultur, historische Orte, Gedenkstätten, historisch-politische Bildung und Demokratieerziehung eingegrenzt. Anschließend begann die konzeptionelle Vorbereitung der Ausschreibungen. Dazu begab sich die Projektreferentin in einen inhaltlichen Austausch mit Gedenkstätten und Erinnerungsorten, hielt hausinterne Workshops mit Kolleginnen der historisch-politischen Bildung ab und diskutierte mit externen Expertinnen und Experten über Befragungsinstrumente von Besucherinnen und Besuchern in Gedenkstätten und an historischen Orten und über repräsentative Bevölkerungsbefragungen.

4.4 Vernetzung

Der Berliner Aufarbeitungsbeauftragte arbeitet intensiv mit anderen Einrichtungen zusammen, die Opfer der SED-Diktatur beraten. Einmal im Monat richtet der BAB für die Berliner Beratungsinitiativen ein Netzwerktreffen aus. Im Berichtsjahr kamen mit dem Projekt Unser Haus, das Beratung für ehemalige Heimkinder anbietet, und der Doping-Opfer-Hilfe e.V. neue Teilnehmer hinzu.

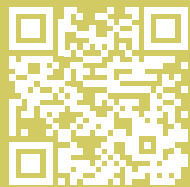
Auch mit den Beraterinnen und Beratern der Aufarbeitungsbeauftragten in anderen Bundesländern gibt es regelmäßige Treffen, die vom BAB organisiert werden. Ziel ist es, einen inhaltlichen Austausch zu Fragen der Beratung und der Härtefallfonds in den Ländern zu ermöglichen.

Das Beratungsteam des Berliner Aufarbeitungsbeauftragten sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der vom BAB geförderten Beratungsinitiativen für SED-Unrecht können regelmäßig eine von der Behörde organisierte und finanzierte Supervision in Anspruch nehmen.

Die Beraterinnen und Berater des BAB pflegen zudem intensive Kontakte zu Forschungseinrichtungen. Der Leiter der Beratungsabteilung vertritt den Behördenleiter im Beirat des Verbundprojekts „Gesundheitliche Langzeitfolgen von SED-Unrecht“ der Universitäten Jena, Leipzig, Magdeburg und Rostock.

Die Mitglieder des BAB-Beratungsteams nahmen im Berichtsjahr regelmäßig an Fachveranstaltungen teil, unter anderem an den Fachtagen zum Forschungsprojekt Zwangsadoptionen am 9. Juni und am 8. Dezember 2023 in Berlin, am Fachgespräch „Sexueller Kindesmissbrauch in der DDR – Fokus Totale Institutionen“ am 4. Juli 2023 in Magdeburg, am Zweiten Bundeskongress politisch verfolgter Frauen „Verronnene Zeit“ vom 6. bis 8. Oktober 2023 in Halle/Saale und an der Veranstaltung „Eltern in politischer Haft: Der Umgang der Kinder mit dem schweren Erbe“ am 2. November 2023 in der Gedenkstätte Hohenschönhausen in Berlin.

Für Studierende der Sozialen Arbeit der Fachhochschule Nordwestschweiz Olten organisierte der BAB am 6. Juni 2023 eine Veranstaltung zu den Themen Aufarbeitung und Rehabilitation politischen Unrechts sowie transgenerationale Traumaweitergabe.



www.beratungsstelle-gegenwind.de

STORY

25 Jahre**Beratungsstelle****Gegenwind**

*2023 feierte die Beratungsstelle
Gegenwind ihr 25-jähriges Bestehen.
Als bundesweit einzige Einrichtung
bietet sie psychosoziale Begleitung
und psychotherapeutische Hilfe im
Umgang mit anhaltenden Folgen
politischer Traumatisierung an.
Für ihre Arbeit wurde die Beratungsstelle
2018 mit dem Karl-Wilhelm-Fricke-Preis
der Bundesstiftung Aufarbeitung
ausgezeichnet.*

Der Diplom-Psychologe und Traumatherapeut Dr. Stefan Trobisch-Lütge ist seit den Anfängen der Beratungsstelle Gegenwind in den 1990er-Jahren dabei. „Im Jahr 1992 habe ich mit der Beratung politisch verfolgter Menschen aus der DDR begonnen und dann 1998 Gegenwind gemeinsam mit dem DDR-Dissidenten und Sozialpsychologen Jürgen Fuchs gegründet“, erzählt der 63-Jährige. „Als selbst Betroffener setzte sich Jürgen für eine eigene Anlaufstelle für Menschen ein, die in der DDR politisch verfolgt wurden.“

Die Gründung verlief nicht ohne Schwierigkeiten. Die Initiatoren mussten immer wieder erklären, warum eine spezielle Beratungsstelle für Verfolgte der SED-Diktatur notwendig ist. Denn das Angebot an psychotherapeutischen Behandlungsmöglichkeiten in Berlin war damals eigentlich sehr umfangreich. Doch es war für die spezielle Gruppe der Menschen, die in der DDR politischer Verfolgung ausgesetzt und dadurch traumatisiert waren, nicht passgenau, erklärt Trobisch-Lütge: „Die Betroffenen fühlten sich nicht psychisch krank, sondern als Opfer von staatlichem Unrecht. Sie wollten nicht zum Psychiater.“

Schließlich ließ sich die Politik überzeugen: Die Anschubfinanzierung für die Beratungsstelle Gegenwind unter dem Dach der Psychosozialen Initiative Moabit e.V. kam vom damaligen Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (LStU, heute BAB). In den Jahren danach flossen Fördergelder aus verschiedenen Töpfen; seit 2008 kommt die Förderung wieder vom LStU bzw. vom BAB.

Über die Jahrzehnte hat Gegenwind viele Tausend Menschen beraten. Und es ist nicht absehbar, dass der Bedarf sinkt. „Wir dachten damals in den Neunzigern, wir würden diese Arbeit etwa fünf bis zehn Jahre machen“, erinnert sich Trobisch-Lütge. Doch noch immer ist der Zulauf zur Beratungsstelle ungebrochen. Neben persönlich Betroffenen nehmen inzwischen auch immer mehr Kinder von Verfolgten das Angebot von Gegenwind in Anspruch.



Dr. Stefan Trobisch-Lütge,
Leiter der Beratungsstelle
Gegenwind

„Traumata können sich auf die nächste Generation übertragen“, erläutert der Experte. Insgesamt sei das Klientel über die Jahre vielschichtiger geworden: „Es kommen nicht nur ehemals Inhaftierte, sondern auch Opfer von Zersetzungsmaßnahmen und Menschen, die in Jugendwerkhöfen oder Kinderheimen eingesperrt waren.“

Den Hilfesuchenden bietet das Team von Gegenwind mit seinen vier Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie Honorarkräften psychosoziale Begleitung und psychotherapeutische Unterstützung an. Außerdem gibt es Gesprächs- und Selbsthilfegruppen, Maltherapie und traumasensibles Yoga. „Vielen Menschen tut es einfach gut, wenn sie ihre Geschichte erzählen können und ihnen jemand zuhört“, sagt Stefan Trobisch-Lütge. Doch das gelinge nicht jedem. „Dass man sich seiner Vergangenheit stellt, über das Erlebte reden und die Geschehnisse aufarbeiten will, setzt eine gewisse seelische Gesundheit voraus“, erklärt der Psychologe. „Es gibt aber auch viele Menschen, die bis heute nicht über das Erlebte reden können, die einfach verstummt sind. In solchen Fällen leidet häufig die ganze Familie.“

5. FÖRDERN

The page features a minimalist design. A large, light grey rectangular area occupies the left and top portions of the page. On the right side, there is a white rectangular area that is partially overlaid by a bright red L-shaped graphic element. The red shape consists of a vertical bar on the right and a horizontal bar at the top, meeting at a corner. The overall composition is clean and modern.

Die Förderung von Projekten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur gehört zu den wesentlichen Aufgaben des Berliner Aufarbeitungsbeauftragten. Im Gesetz über den Beauftragten oder die Beauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur im Land Berlin heißt es in § 2, Absatz 5:

„Der oder die Landesbeauftragte fördert die Arbeit von in Berlin tätigen Opferbeziehungsweise Verfolgtenverbänden und Aufarbeitungsinitiativen. Der oder die Landesbeauftragte unterstützt die politische Bildungsarbeit zur SED-Diktatur. (...)“

Im Jahr 2023 standen für die Projektförderung insgesamt 1.951.000 Euro im Haushalt des Berliner Aufarbeitungsbeauftragten zur Verfügung. Das entspricht einem Anteil von ca. 42 Prozent an den geplanten Gesamtausgaben der Behörde. Die Zuwendungen gingen an Verfolgtenverbände, Beratungs- und Betreuungsprojekte sowie Projekte zur Aufklärung über die SED-Diktatur.

33 Prozent der bewilligten Zuwendungsmittel flossen in die Finanzierung von Beratungs- und Betreuungsprojekten. 67 Prozent kamen Projekten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur bzw. zur politischen Bildung zugute.

5.1 Förderung von Beratungs- und Betreuungsprojekten

Die vom BAB im Berichtsjahr geförderten Beratungsprojekte sind darauf spezialisiert, Betroffene von SED-Unrecht zu den gesetzlichen Möglichkeiten der Rehabilitierung, zu Wiedergutmachung und zum Schadensausgleich zu beraten. Auch mehr als 30 Jahre nach dem Ende der DDR melden sich immer noch zahlreiche Anspruchsberechtigte, welche die bestehenden Möglichkeiten bisher noch nicht genutzt haben. Die kompetente Beratung durch die Verbände ergänzt und erweitert das Angebot der zuständigen Behörden und trägt im Ergebnis zu deren Entlastung bei.

Viele ehemals Verfolgte sind zum Teil psychisch schwer geschädigt. Aufgrund ihrer traumatisierenden Erfahrungen mit DDR-Behörden scheuen sie heute noch in vielen Fällen davor zurück, die Hilfe von Ämtern in Anspruch zu nehmen. Vor einem Behördengang benötigen die Betroffenen Ansprechpersonen, zu denen sie Vertrauen aufbauen können. Deshalb sind die Beratungsstellen der Verbände wichtige Orte, an denen sich Verfolgte der SED-Diktatur in ihrer spezifischen Problematik verstanden fühlen. Dort können sie ihre Situation ohne Hemmungen ansprechen. Ohne die finanzielle Unterstützung durch den Aufarbeitungsbeauftragten wären die Initiativen und Vereine jedoch nicht in der Lage, eine entsprechend qualitative Beratung durch erfahrenes Personal bereitzustellen. Die Konsequenz daraus wäre, dass eine nicht unwesentlich hohe Anzahl von Verfolgten der SED-Diktatur keine Rehabilitierung bekommen würde.

Insgesamt ist festzustellen, dass die Förderung der Verfolgtenverbände und Aufarbeitungsinitiativen im Land Berlin ein wichtiger Bestandteil der Tätigkeit des Aufarbeitungsbeauftragten bleiben wird. Die Verfolgten der SED-Diktatur haben nach wie vor einen hohen Beratungsbedarf, der nicht durch die behördliche Beratung allein gedeckt werden kann. Zudem verändern sich die Beratungsinhalte. Neue Themen treten als Folge von Gesetzesnovellierungen oder Gerichtsentscheidungen hinzu.

Geförderte Beratungsprojekte

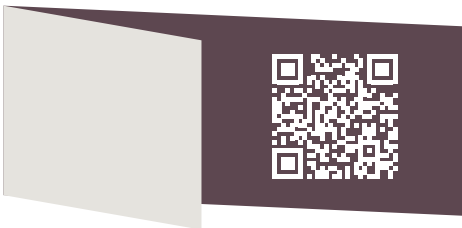
Das **Bürgerbüro e.V.** berät u.a. ehemalige DDR-Heimkinder und Opfer der DDR-Jugendhilfe. Der Verein besteht bereits seit 1996. Zu den Gründungsmitgliedern gehörten Menschen, die als Mitglieder der DDR-Opposition die Friedliche Revolution vorangetrieben hatten wie zum Beispiel Bärbel Bohley, Jürgen Fuchs, Freya Klier oder Wolfgang Templin. Aber auch Persönlichkeiten aus Politik und Gesellschaft waren dabei, etwa der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl und der damalige Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis.

Das Bürgerbüro hat sich die Aufgabe gestellt, Personen zu helfen, die unter Willkürakten des SED-Regimes fortlaufend zu leiden haben, und das öffentliche Bewusstsein für die Leistung derer zu stärken, die in der Zeit der SED-Diktatur Opfer für die Freiheit und die Achtung der Menschenrechte gebracht haben. Im Jahr 2023 berieten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mehr als 200 Betroffene in über 1.200 Kontakten. Viele Verfolgte der SED-Diktatur sprechen bei diesen Beratungsterminen das erste Mal über ihre Erlebnisse; sie sind demzufolge entsprechend emotional hoch belastet, wenn sie in die Beratungsstelle kommen. Teilweise melden sich Familienangehörige, um Rehabilitierungsanträge für ehemalige DDR-Heimkinder zu stellen, da diese selbst dazu psychisch noch nicht in der Lage sind.

Die Anfragen von ehemaligen Heimkindern beim Bürgerbüro blieben 2023 auf ähnlich hohem Niveau wie 2022. Im Berichtsjahr war zu beobachten, dass die Fälle an Komplexität und Aufwand, aber auch an Intensität zunahmen. Neben seiner Beratungstätigkeit ist das Bürgerbüro auch immer wieder Ansprechpartner für Gerichte, Presse und Wissenschaft.



Die Vorsitzende des Bürgerbüros e.V., Hildigund Neubert, mit BAB Frank Ebert beim Mauerfallgedenken am 9. November 2023 in der Gedenkstätte Berliner Mauer an der Bernauer Straße



Der Verein **Psychosoziale Initiative Moabit e.V.** leistet als freier Träger die gemeindepsychiatrische Pflichtversorgung von psychisch erkrankten Erwachsenen im Bezirk Berlin-Mitte. Zum Angebot gehört die 1998 eröffnete **Beratungsstelle Gegenwind**. Dort finden Menschen Unterstützung, die unter der SED-Diktatur politischer Verfolgung, Inhaftierung und psychischer Zersetzung ausgesetzt waren.

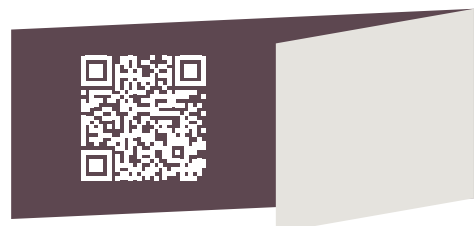
Drei Mitarbeiterinnen und ein Mitarbeiter bieten bei Gegenwind psychosoziale Begleitung und psychotherapeutische Hilfen im Umgang mit den anhaltenden Folgen politischer Traumatisierung an. Im Berichtsjahr hat das Team 857 Menschen in mehr als 3.000 Kontakten beraten. Im Einzelnen umfasst das Angebot der Beratungsstelle die Unterstützung in entschädigungs- bzw. versorgungsrechtlichen Fragen, psychotherapeutische Hilfen bei Folgeerkrankungen nach politischer Haft und Zersetzungsmaßnahmen, die Beratung von Angehörigen, die

Initiierung von Selbsthilfegruppen und die Anleitung von Gruppen zur Verarbeitung von traumatischen Erlebnissen. Darüber hinaus unterstützt die Beratungsstelle Einrichtungen zur Beratung ehemals politisch Verfolgter mit Weiterbildungsangeboten und Supervision. Auch als Referenten, Podiumsteilnehmer und Ansprechpartner für Journalisten und Wissenschaftler waren die Beraterinnen und der Berater im Jahr 2023 gefragt.



Das Team von Gegenwind bei der Feier zum 25-jährigen Bestehen am 7. Juli 2023 von links: Louisa Kramer, Dr. Stefan Trobisch-Lütge, Stefanie Knorr, Bettina Kiehlhorn

Für das Projekt Beratungsstelle Gegenwind erhielt die Psychosoziale Initiative Moabit e.V. anteilig Zuwendungen des Berliner Aufarbeitungsbeauftragten. Wegen der überregionalen Bedeutung des Projekts beteiligte sich die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur im Berichtsjahr wieder an der Finanzierung.



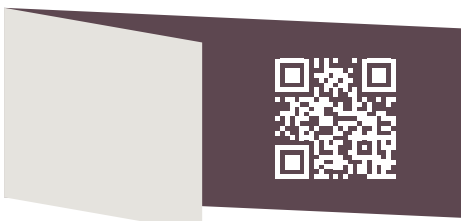
Die **Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)** besteht seit 1991. In Öffentlichkeit und Politik setzt sich die UOKG dafür ein, dass den Verfolgten der SED-Diktatur Gerechtigkeit widerfährt. Dazu gehört, dass zu Unrecht Verurteilte rehabilitiert werden und eine Entschädigung erhalten, die ihnen ein menschenwürdiges Leben erlaubt.

2023 beriet das UOKG-Team rund 400 Betroffene in mehr als 2.800 Kontakten zu sozialen und juristischen Belangen. Beratungsschwerpunkte waren Fragen rund um die Rehabilitierungsmöglichkeiten nach den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen, die Opferrente und die Anerkennung verfolgungsbedingter Gesundheitsschäden. Betroffene von Zwangsadoption und anderem politisch motiviertem Kindesentzug sowie die Opfergruppe zivildienstportierter Frauen jenseits von Oder und Neiße fanden ebenfalls Rat.



von links: Carla Ottmann, stellv. Vorsitzende, und Dieter Dombrowski, Vorsitzender der UOKG, beim UOKG-Verbandetreffen am 17./18. Juni 2023 in Berlin

Da bei der UOKG juristisch ausgebildetes Personal beratend tätig ist, können auch rechtlich schwierigere Fälle kompetent betreut werden. Die Mitarbeiterinnen geben Hilfestellung beim Ausfüllen von Antragsformularen, bereiten Schreiben an Behörden bzw. Gerichte vor, stellen Kontakte mit zuständigen Ämtern her und begleiten Betroffene im Bedarfsfall dorthin.

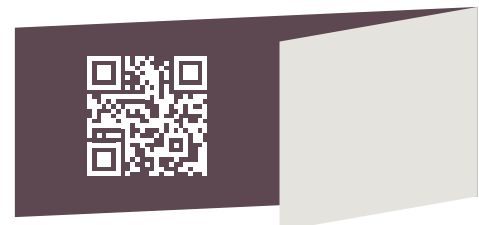


Die **Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. (VOS)** wurde 1950 von aus sowjetischem Gewahrsam zurückgekehrten Kriegsgefangenen, Internierten und zu Haftstrafen Verurteilten in Berlin gegründet. In den vergangenen Jahren wirkte die VOS in der Bundesrepublik aktiv bei der Entstehung von Gesetzen zur Hilfe für ehemalige politische Häftlinge und bei der Errichtung der „Stiftung für ehemalige politische Häftlinge“ mit. Mit ihrer Landesgruppe Berlin-Brandenburg bietet sie ein umfangreiches Beratungs- und Betreuungsangebot für ehemals politisch Verfolgte und politische Häftlinge an.



Geschäftsstelle der VOS
in der Uhlandstraße in Berlin-Wilmersdorf

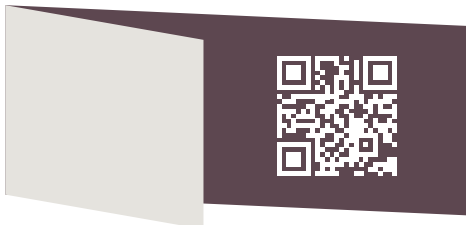
Im Jahr 2023 wurden 780 Menschen in 896 Kontakten beraten. Es wurden alle Opfergruppen, die unter die SED-Unrechtsbereinigungsgesetze fallen, von der VOS betreut. Beratungsschwerpunkte waren Fragen rund um die Rehabilitierungsmöglichkeiten nach den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen sowie die Opferrente.



5.2 Förderung von Projekten zur Bildung und historischen Aufarbeitung der SED-Diktatur

Die vom BAB geförderten Projekte der politischen Bildung zeichnen sich durch eine große Vielfalt aus: Gefördert wurden u.a. Ausstellungen, Archive und Filmproduktionen. Auch für Anbieter von digitalen Angeboten für ein jüngeres Publikum flossen Fördermittel.

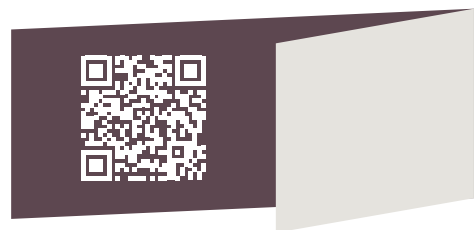
Die **artecom pictures and solutions GmbH** hat mit finanzieller Unterstützung des Berliner Aufarbeitungsbeauftragten einen Dokumentarfilm unter dem Titel „East – Jungsein in der DDR. Sag mir wo du stehst“ produziert. Die 45-minütige Dokumentation und die dazugehörige sechsteilige Webserie richten sich insbesondere an ein junges Publikum. Die Ausstrahlung im rbb sowie in der ARD-Mediathek ist für Herbst 2024 geplant.



Der Verein **ASTAK e.V.** erhielt Zuwendungsmittel des BAB, um den Ausstellungsbetrieb des Stasimuseums auf dem Gelände des Campus für Demokratie sicherzustellen. Im Jahr 2023 besuchten insgesamt 139.000 Menschen das Museum. Somit hat sich die Situation nach der Corona-Pandemie deutlich stabilisiert.



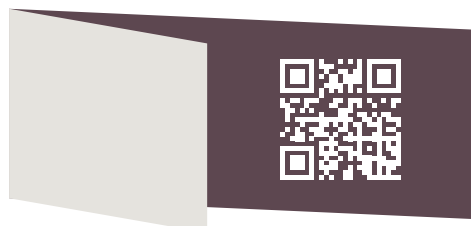
Eingang zum Stasimuseum auf dem Campus für Demokratie



Der Aufarbeitungsbeauftragte förderte ein Projekt von **berlinHistory e.V.** zum 70. Jahrestag des Volksaufstands. Der Verein erstellte einen Themenlayer zum 17. Juni 1953, der in die berlinHistory App eingebettet und historisch-fachlich ausgestaltet wurde. Am 16. Juni 2023 startete ein Liveticker in der App, der den Verlauf des Volksaufstands vergegenwärtigen und die gewaltsame Niederschlagung in Erinnerung rufen sollte.

Der Liveticker zum 17. Juni 1953 brachte mit rund 10.000 Downloads nach dem Launch einen neuen Höhepunkt bei den Downloadzahlen. Insgesamt verzeichnete die berlinHistory App bis Ende 2023 rund 300.000 Downloads und ist damit nach Angaben des Trägervereins die meistgenutzte Geschichts-App ihrer Art.

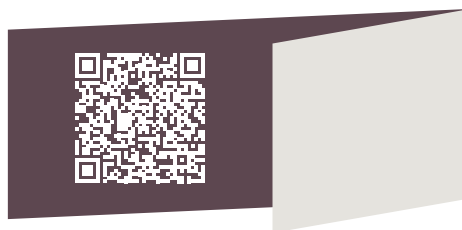
Liveticker zum 17. Juni in der berlinHistory App



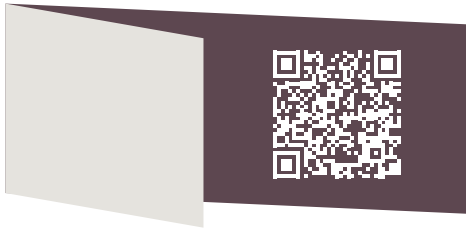
Das Buch „Die Abrechnung: Ein Neonazi steigt aus“ von Ingo Hasselbach wurde vom Verein **DDR-Box e.V.** mit Unterstützung des BAB als Hörbuch herausgegeben. Hasselbach war zu Beginn der 1990er-Jahre eine Führungsfigur der Berliner Neonazi-Szene. 1992 stieg er aus und war im Frühjahr 2000 Mitgründer von Exit, einer Anlaufstelle für Aussteigewillige aus der rechtsradikalen Bewegung.



Screenshot der Webseite www.ddrbox.de, auf der das Hörbuch abrufbar ist

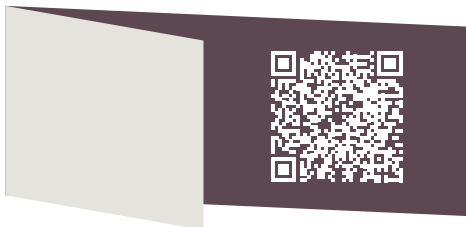


Die **DDR-Fotoerbe GbR** hat mit Zuwendungsmitteln des Berliner Aufarbeitungsbeauftragten eine Fotoausstellung zum Thema „Das andere Leben. Ost-Berlin zwischen Mauerbau und Mauerfall“ erarbeitet. Die Ausstellung zog mehr als 1.200 Besucherinnen und Besucher an.

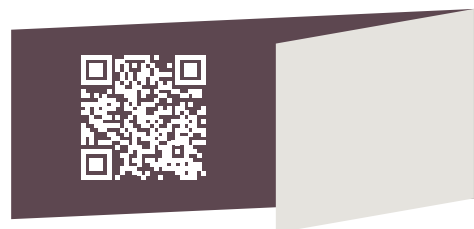


„Fasse Dich kurz“.
Foto von Thomas Uhlemann
in der Ausstellung „Das andere Leben“

In einem weiteren Projekt wurde das Archiv des Ost-Berliner Fotografen Mario Rietz für eine Online-Ausstellung digitalisiert. Rietz arbeitete in den 1980er Jahren als freier Fotograf in der DDR. Zu seinem täglichen Brot gehörte es, mit Abzügen seiner Bilder in die Redaktionen der Zeitungs- und Zeitschriftenverlage zu gehen und dort seine Geschichten anzubieten.



Die **DEFA-Stiftung** konnte dank BAB-Förderung Videoclips und Handouts als Unterrichtsmaterial zur DEFA-Entstehung und -Geschichte sowie zum Film „Erscheinen Pflicht“ erstellen. „Erscheinen Pflicht“ ist ein teilweise gesellschaftskritischer Jugendfilm der DEFA aus dem Jahr 1983, der die Auseinandersetzung eines 16-jährigen Mädchens mit ihrem Leben und den politischen Verhältnissen in der DDR thematisiert.



Facts & Files Historisches Forschungsinstitut Berlin haben eine Webseite zur besseren Zugänglichkeit von Biografien und Informationen aus dem „Donskoje Totenbuch“ erstellt. Das vom Berliner Aufarbeitungsbeauftragten geförderte digitale Totenbuch „Erschossen in Moskau ...“ stellt deutsche Opfer des Stalinismus vor, die auf dem Moskauer Friedhof Donskoje begraben liegen.

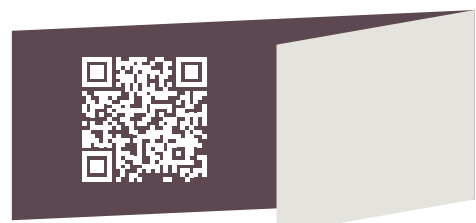
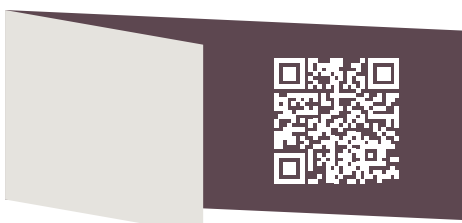


Screenshot aus dem digitalen Totenbuch

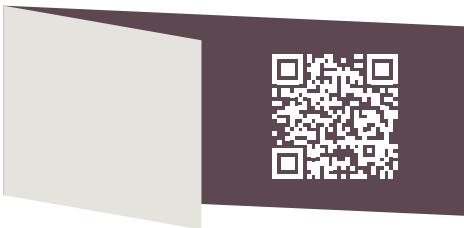
Der **Förderverein Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus e.V.** konnte mit Hilfe der Zuwendung des Aufarbeitungsbeauftragten die Bibliotheksarbeit und die politische Bildungsarbeit in Form von Veranstaltungen weiterführen. Durch die zentrale Lage im Nikolaiviertel konnten viele Interessierte verschiedenster Zielgruppen erreicht werden. So wurden im April und im Oktober Treffen ehemaliger politischer Gefangener aus allen Haftanstalten in der DDR veranstaltet. Außerdem gab es Buchvorstellungen, Vorträge und Filmvorführungen. Im Berichtsjahr wurden 25 Veranstaltungen angeboten, zu denen insgesamt 1.230 Gästen kamen.



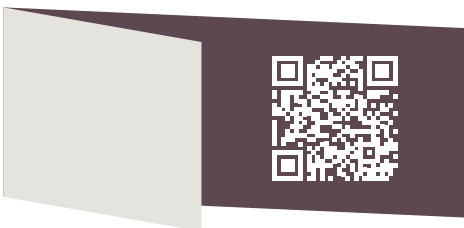
Die Gedenkbibliothek im Berliner Nikolaiviertel



Der **Friedenauer TSC e.V.** führte 2023 sein traditionelles Mauerfall-Gedenkturnier durch, das vom BAB gefördert wird. Insgesamt 32 Mannschaften verschiedener Altersklassen nahmen an dem Jugendfußballturnier teil. Seit 1990 treten alljährlich im November Kinder- und Jugendmannschaften aus Ost- und West-Berliner Stadtteilen, dem Umland sowie aus Polen bei dem Turnier gegeneinander an.



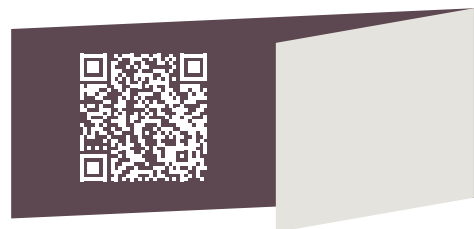
Das **Geschichtsbüro Müller GbR** veranstaltete mit Unterstützung des BAB die 7. Prenzlauerberginale. An fünf Abenden zeigten die Organisatoren Filmmaterial der Staatlichen Filmdokumentation der DDR (SFD) zu den Themen Alte Menschen, Berliner Verkehrsbetriebe (BVB) und Reichsbahn, Freiberufler in der DDR und Wohnungsprobleme. Die Dokumentarfilme waren in der DDR nicht für die Öffentlichkeit gedacht; sie sollten für spätere Generationen den Alltag im sozialistischen Staat propagandafrei dokumentieren. Im Rahmen des Filmfests wurden sie erstmals vor breitem Publikum gezeigt. Fast alle Abende im Filmtheater am Friedrichshain waren ausverkauft, insgesamt wurden mehr als 2.000 Besucher gezählt.



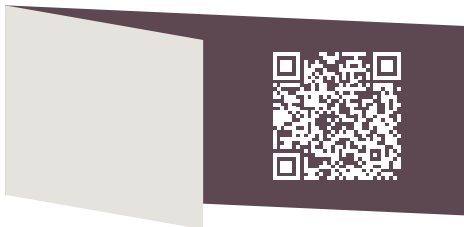
Henryk Gericke erhielt für die Veröffentlichung seines Buches „Tanz den Kommunismus: Punkrock DDR 1980 bis 1989“ einen Druckkostenzuschuss des Berliner Aufarbeitungsbeauftragten. Der Schriftsteller gehörte selbst zur Ostberliner Punkszene und war Teil der Band The Leistungsleichen. Er gilt als einer der besten Kenner der DDR-Punkszene. In seinem Buch schreibt er über Punkbands in der DDR von 1980 bis 1989.



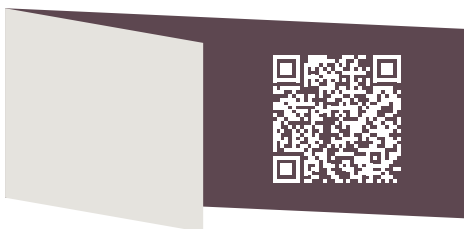
Das Buch „Tanz den Kommunismus“ ist im Verbrecher Verlag erschienen



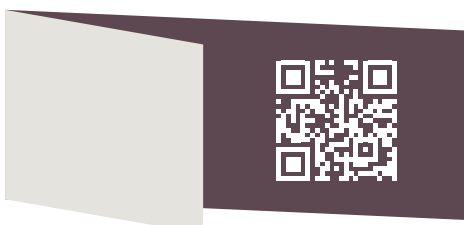
Die **Kammersymphonie Berlin** dokumentierte ihre erfolgreiche Konzertreihe „Unterm Radar – Unangepasste Musik im Ostblock“, die von 2021 bis 2023 lief, mit Unterstützung des BAB auf ihrer Webseite. Vorgestellt werden Komponisten, die sich in den Ländern des früheren Ostblocks an den drastischen kulturpolitischen Vorgaben rieben und oft daran verzweifelten oder resignierten. Die wenigsten von ihnen hatten die Chance, im internationalen Konzertbetrieb erfolgreich zu sein. Auch Konzertmitschnitte sind auf der Webseite zu hören.



Kulturprojekte Berlin GmbH erhielt vom Aufarbeitungsbeauftragten Zuwendungsmittel, um das Programm rund um den 35. Jahrestag von Friedlicher Revolution und Mauerfall 2024 zu planen und vorzubereiten.



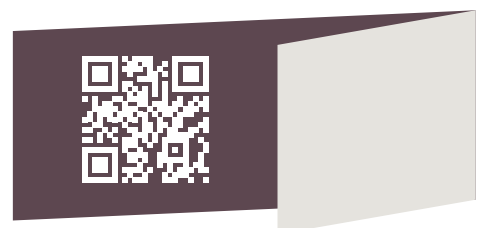
Der **Kunstverein Ost e.V.** erhielt einen Druckkostenzuschuss des BAB, um einen Ausstellungskatalog zur Ausstellung „CLARA MOSCH und frühe Kunstaktionen in der DDR“ zu publizieren. CLARA MOSCH war eine 1977 in Karl-Marx-Stadt (heute Chemnitz) gegründete Produzentengalerie, aus der sich ein gleichnamiges Künstlerkollektiv entwickelte.



MACHmit! Museum für Kinder gGmbH entwickelte mit Unterstützung des Aufarbeitungsbeauftragten das Projekt „Lasst Revolutionskerzen leuchten“ für Kinder und Jugendliche. Das Projekt wurde anlässlich des 34. Jahrestags von Friedlicher Revolution und Mauerfall ins Leben gerufen.



Das MACHmit! Projekt:
Lasst Revolutionskerzen leuchten



Die **Planergemeinschaft für Stadt und Raum eG** führte auf dem Campus für Demokratie eine Veranstaltung durch, die vom BAB unterstützt wurde. „Bauten der Staatssicherheit in der Denkmaltopographie“ zog rund 40 Besucher an.



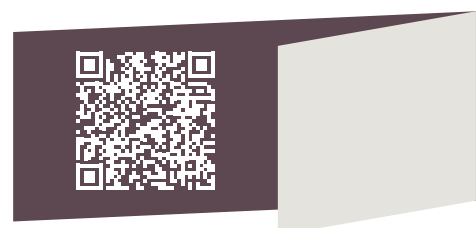
Die **Robert-Havemann-Gesellschaft e.V. (RHG)** vermittelt mit zahlreichen Veranstaltungen wie Podiumsdiskussionen, Theateraufführungen und Konzerten die Geschichte und Erfahrungen von Opposition und Widerstand in der DDR. Der Verein erhält eine dauerhafte Projektförderung, hälftig durch den Bund über die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien und durch das Land Berlin über den Berliner Aufarbeitungsbeauftragten. Im Jahr 2023 flossen Mittel unter anderem für die Grundsicherung des Archivs der DDR-Opposition. Neben der Akquise neuer Bestände und der Pflege vorhandener Archivalien wurde die Betreuung von Nutzerinnen und Nutzern finanziert. 2023 nutzten 338 Menschen das Archiv. 70 Prozent davon wurden per E-Mail betreut, ein Prozent telefonisch, 29 Prozent der Nutzerinnen und Nutzer nahmen Vor-Ort-Termine wahr.

Mehr als 41.000 Menschen besuchten die Open-Air-Ausstellung „Revolution und Mauerfall“ auf dem Campus für Demokratie, der früheren Stasi-Zentrale. Zu insgesamt 23 Veranstaltungen der RHG kamen mehr als 8.000 Besucherinnen und Besucher. Der gemeinsam mit dem Bundesarchiv betriebene Info-Point des Campus für Demokratie wurde von mehreren tausend Menschen frequentiert.

Die RHG erhielt außerdem Zuwendungsmittel für die Durchführung einer erweiterten Machbarkeitsstudie zur Umsetzung des Forums Opposition und Widerstand (1945–1990) auf dem Campus für Demokratie.



Open-Air-Ausstellung
auf dem Campus für Demokratie





Demonstrierende
des 17. Juni 1953
am Brandenburger Tor

**„Wir haben einfach
die Flagge
beiseitegeschoben!“**

Wie kann es gelingen, die Öffentlichkeit – und insbesondere jüngere Menschen – für die Geschichte der SED-Diktatur zu interessieren?

Diese Frage muss sich die Abteilung Historisch-politische Bildung des Berliner Aufarbeitungsbeauftragten immer wieder stellen. Kreative Herangehensweisen und neue Blickwinkel sind insbesondere dann gefragt, wenn ein runder Jahrestag ansteht, wie 2023 der 70. Jahrestag des Volksaufstands in der DDR



Recherchierten zur Rolle der Frauen beim Volksaufstand 1953: Michèle Matetschk und Dr. Andrea Bahr

Historische Ereignisse wie der Volksaufstand gelten als weitgehend auserzählt. Ursachen, Abläufe und Auswirkungen sind ausgiebig erforscht worden. Ikonische Fotos tragen dazu bei, die Erzählung vom 17. Juni 1953 als männlich geprägtem Arbeiteraufstand zu verfestigen. Für den 70. Jahrestag 2023 suchten die BAB-Historikerinnen Dr. Andrea Bahr und Michèle Matetschk nach neuen Ansätzen. Bei der Durchsicht historischer Fotos stießen sie auf eine Leerstelle in der Forschung: „Uns ist bereits vor ein paar Jahren aufgefallen, dass auf Bildern vom Volksaufstand auch eine nicht geringe Zahl an Frauen zu sehen ist. Es gibt allerdings kaum wissenschaftliche Erkenntnisse dazu“, erzählt Andrea Bahr. „Wir haben dann in einem Artikel für den Blog www.demokratiegeschichten.de die Frage aufgeworfen, ob der 17. Juni 1953 männlich ist oder ob er nur männlich erzählt wird.“¹

Das war 2020. Drei Jahre später, zum 70. Jahrestag, griffen die Historikerinnen das Thema erneut auf. Für die Bundeszentrale für politische Bildung schrieben die beiden ein Dossier mit sechs neuen Texten², in denen sie die Rolle von Frauen beim Volksaufstand unter die Lupe nahmen. Dazu sichteten sie zunächst die (kaum) vorhandene Literatur zum Volksaufstand, die auch gendergeschichtliche Fragen verfolgt, und begaben sich dann auf die Suche nach relevanten Akten im Stasi-Unterlagen-Archiv und im Landesarchiv Berlin. Anschließend untersuchten die Wissenschaftlerinnen, welche Rollen Frauen im Zuge des Aufstandes einnahmen. „Auf der Seite der Aufständischen gab es Streikführerinnen und Demonstrantinnen, auf staatlicher Seite Politikerinnen und FDJlerinnen“, berichtet Michèle Matetschk. „Auch den Fall Erna Dorn haben wir untersucht – die Frau wurde für ihre Beteiligung am Volksaufstand hingerichtet. Wir konnten aber aufzeigen, dass die ihr zugeschriebene Rolle überhaupt nicht klar ist.“

Die Historikerinnen bedauern, dass es kaum Berichte von Zeitzeuginnen gibt, die über ihre Beteiligung am 17. Juni 1953 gesprochen



Am 17. Juni 1953 durchqueren Beschäftigte aus Hennigsdorfer Betrieben den Westberliner Bezirk Wedding auf dem Weg nach Ost-Berlin. Unter ihnen auch Frauen, wie hier im Bildausschnitt zu sehen.

1 <https://www.demokratiegeschichten.de/ist-der-17-juni-1953-maennlich/>

2 <https://www.bpb.de/themen/deutsche-teilung/520307/ein-frauenhistorischer-blick-auf-den-17-juni-1953/>

haben. Eine der wenigen Ausnahmen ist „Ingeborg“, damals Studentin an der Humboldt-Universität, die sich möglicherweise unter einem Decknamen äußerte. Im West-Berliner Radiosender Rias schilderte sie am 17. Juni 1953, wie sie mit anderen jungen Leuten auf das Brandenburger Tor geklettert war und dann fahenschwenkend hindurch zog. Als die BAB-Mitarbeiterinnen die entsprechenden historischen Fotos sichteten, entdeckten sie auf einem Bild vom Brandenburger Tor tatsächlich eine Frau, die eine Fahne trägt. Auf den meisten öffentlich verbreiteten Aufnahmen desselben Motivs ist die Frau allerdings von der Fahne verdeckt. Als beteiligte Person wurde sie daher bisher kaum öffentlich wahrgenommen. Ob es sich bei der Frau um „Ingeborg“ handelt, ist ungeklärt.

„Wir haben einfach die Flagge beiseitegeschoben“, sagt Michèle Matetschk. Und Andrea Bahr ergänzt: „Das Beispiel zeigt, dass es sich lohnt weiter zu forschen. Wir hoffen, dass unsere Arbeit andere Historiker:innen ermutigt, neue Ansätze zu suchen und sich systematisch mit der Rolle der Frauen beim Volksaufstand zu beschäftigen.“

Auf diesem weitverbreiteten Foto des Volksaufstands ist die Frau rechts kaum zu erkennen, weil sie von der Flagge verdeckt wird



Auf dieser Aufnahme desselben Motivs (siehe auch S. 60) ist die Frau mit Fahne gut zu erkennen

6. AUFKLÄREN



6.1 Veranstaltungen zum 70. Jahrestag des Volksaufstands

Dem Berliner Aufarbeitungsbeauftragten ist es ein wichtiges Anliegen, möglichst viele Menschen mit seinen Angeboten zur historisch-politischen Bildung zu erreichen. Dazu hat das BAB-Bildungsteam, dem im Berichtsjahr neben dem Leiter und stellvertretenden Aufarbeitungsbeauftragten Dr. Jens Schöne vier Historikerinnen angehörten, diverse Veranstaltungs- und Publikationsformate für unterschiedliche Zielgruppen erarbeitet.

2023 standen viele Bildungsangebote im Zeichen des 70. Jahrestags des Volksaufstands in der DDR: Das Spektrum reichte von Podiumsdiskussionen über Lesungen für Schülerinnen und Schüler bis hin zu Instagram-Reels. Auch veröffentlichte der BAB eine Broschüre zu den Ereignissen rund um den 17. Juni 1953 in Berlin.

Runde Jahrestage bieten die Chance, geschichtliche Themen einer breiten Öffentlichkeit nahezubringen, über das rituelle Gedenken mit Feierstunden und Kranzniederlegungen hinaus. Das Bildungsteam des Berliner Aufarbeitungsbeauftragten konzipierte für 2023 die hybride Veranstaltungsreihe „Volksaufstand 1953. Parolen. Damals und heute“, die neben der historischen Information über den 17. Juni 1953 auch einen Aktualitätsbezug herstellte. Dazu wurden Slogans der Aufständischen von 1953 aufgegriffen, um über grundlegende Prinzipien der Demokratie zu diskutieren. Die von BAB-Bildungsreferentin Elena Demke moderierten Veranstaltungen wurden live auf dem BAB-YouTube-Kanal gestreamt und sind dort weiterhin abrufbar.

Die Auftaktveranstaltung „Wir sind am Ende unserer Qual, wir fordern freie Wahl“ fand am 20. April 2023 in den Räumen des Berliner Aufarbeitungsbeauftragten statt. Ausgehend vom Sprechchor der Bauarbeiter auf der Stalinallee am 17. Juni 1953 diskutierten die Historikerin Dr. Claudia Gatzka, die Aktivistin Marie Jünemann, der Journalist Simon Hurtz und die Politikwissenschaftlerin Prof. Dr. Dorothee de Nève über Wahlen in der DDR, die Bedeutung von freien Wahlen für die Demokratie, die zum Teil sinkende Wahlbeteiligung heute und die Frage einer Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre.

Flyer zur Veranstaltungsreihe zum Volksaufstand 1953. Zu sehen sind Beschäftigte des Stahlwerks Hennigsdorf, die sich dem Volksaufstand am 17. Juni 1953 anschließen. Auf dem Weg nach Ost-Berlin durchqueren sie den West-Berliner Bezirk Wedding.





Diskussionsveranstaltung
im Festsaal des Abgeordnetenhaus

Am 8. Juni 2023 diskutierten der Historiker Dr. Jens Gieseke, die Politologin Natascha Strobl und der Philosoph Dr. Jacek Kołtan über den Zusammenhalt zwischen den Aufständischen des Volksaufstands, zum Ausdruck gebracht durch den Sprechchor: „Heraus zur Demonstration, übt Solidarität“. Dabei schlug das Podium auch einen Bogen in die Gegenwart und sprach über Solidarität heute im Kontext von Arbeitskämpfen und politischem Protest. Die Veranstaltung in Kooperation mit dem Abgeordnetenhaus von Berlin fand im Festsaal des AGH statt.



Die Diskussionsveranstaltungen wurden live
auf dem BAB-YouTube-Kanal gestreamt

Bei einer weiteren Veranstaltung am 21. September 2023 ging es ums Geld: „Die Preise der HO sind unser Ruin“ hatten Demonstrierende am 17. Juni 1953 gerufen. Der Historiker Professor Dr. Andrew Port und der Gewerkschafter Szabolcs Sepsi sprachen über die von der SED 1953 verfügten Normerhöhungen. Sie wirkten sich wie Lohnsenkungen aus, während gleichzeitig Lebensmittel in den Geschäften der Handelsorganisation (HO), die ohne Bezugsmarken erworben werden konnten, für viele unerschwinglich waren. Außerdem diskutierten die Podiumsgäste die Frage, wie ungleiche Verteilung heute akzeptiert wird und welche Auswirkungen wirtschaftliche Ungleichheit auf die Demokratie hat.



Ausstellung zum 17. Juni 1953
am Dreilinden-Gymnasium

Auch für Kinder und Jugendliche bot der Berliner Aufarbeitungsbeauftragte Veranstaltungen zum 70. Jahrestag des 17. Juni 1953 an. So begleitete der stellvertretende Aufarbeitungsbeauftragte Dr. Jens Schöne das Schulprojekt „Volksaufstand 1953“ am Dreilinden-Gymnasium in Berlin-Nikolassee, in dessen Verlauf Schülerinnen und Schüler vom 31. Mai bis zum 14. Juni 2023 eine Ausstellung gestalteten und diese in der Schule präsentierten.

Am 9. Juni 2023 kamen rund 200 Berliner Schülerinnen und Schüler zu einer Lesung ins Abgeordnetenhaus von Berlin. Bei der Kooperationsveranstaltung von BAB und AGH las der Schauspieler Gregor Knop Passagen aus dem Buch „Tage wie Jahre“ vor. Der Roman von Klaus Kordon schildert die Erlebnisse des 10-jährigen Frank aus Ost-Berlin während des Volksaufstands. Dr. Jens Schöne beantwortete im Anschluss Fragen der Kinder zum 17. Juni 1953 und zum Leben in der SED-Diktatur.



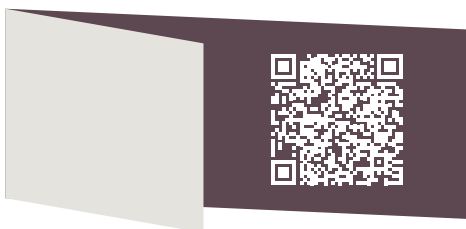
Schauspieler Gregor Knop liest vor Schulklassen im Berliner Abgeordnetenhaus

Ebenfalls in Kooperation mit dem Abgeordnetenhaus von Berlin realisierten die BAB-Mitarbeiterinnen Dr. Andrea Bahr und Michèle Matetschk aus dem Bildungsteam ein Instagram-Projekt zum Volksaufstand. Dafür wurden 10 Reels produziert, die in Cartoon-Form die (Vor-)Geschichte und die Folgen des 17. Juni 1953 erzählen. Die Reels wurden zwischen dem 12. und 21. Juni unter dem Hashtag #Aufstand1953 bei Instagram veröffentlicht.



Instagram-Cartoon zum 70. Jahrestag des Volksaufstands

Zum Jahrestag des Volksaufstands gab der BAB die Broschüre „Der 17. Juni 1953 in Berlin“ heraus. Auf 28 Seiten erklären Jana Birthelmer und Dr. Jens Schöne, was im Juni vor 70 Jahren passierte, welche Gründe es für die Proteste gab und wie der Aufstand endete. Die Broschüre mit vielen Fotos und Abbildungen eignet sich auch für die Arbeit mit Jugendlichen. Sie kann auf der Webseite des Berliner Aufarbeitungsbeauftragten heruntergeladen werden:



BAB-Publikation zum Volksaufstand in der DDR



von links: Dr. Jens Schöne und der Thüringer Landesbeauftragte Dr. Peter Wurschi in Mühlhausen am 12. Mai 2023

Der stellvertretende Aufarbeitungsbeauftragte und Historiker Dr. Jens Schöne war 2023 ein gefragter Experte und Gastredner. In Kooperation mit dem Thüringer Landesbeauftragten hielt er mehrere Vorträge in Thüringen über die Geschehnisse während des Volksaufstands in der Region.

Am 16. Juni 2023 referierte Dr. Jens Schöne in Berlin über „1953 – Staatssicherheit, SED und der Volksaufstand“ bei einer Tagung des Stasi-Unterlagen-Archivs zum Thema „Geheimdienste im Kalten Krieg“.



von links: Dr. Andrea Bahr, Dr. Jens Schöne und Dr. Stefanie Eisenhuth bei der Podiumsdiskussion am 14. Juni 2023 in Hamburg

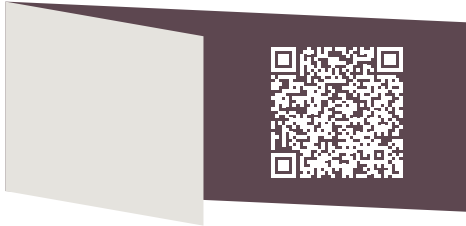
Im Rahmen einer Kooperation mit der Bucerius-Law-School Hamburg unterstützte der BAB die Veranstaltung „Jetzt ist es mit eurer Regierung vorbei!“ – Der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 in der DDR. Dr. Jens Schöne und BAB-Referentin Dr. Andrea Bahr diskutierten mit Dr. Stefanie Eisenhuth, Leiterin der Öffentlichkeitsarbeit am Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam, und Studierenden. Begleitet wurde die Veranstaltung von einer Szenischen Lesung, in der die Schauspieler Elisabeth-Marie Leistikow und Jean Paul Baeck Zeitzeugenberichte und Original-Dokumente aus dem Stasi-Archiv vortrugen.



Leipzig liest

Der 17. Juni war auch Thema bei der Leipziger Buchmesse im April bei einer Kooperationsveranstaltung des Berliner Aufarbeitungsbeauftragten und des Stasi-Unterlagen-Archivs Leipzig. Im Rahmen von „Leipzig liest!“ sprachen Professor Dr. Daniela Münkel, Dr. Ronny Heidenreich und Dr. Jens Schöne in der Außenstelle des Stasi-Unterlagen-Archivs Leipzig über den Volksaufstand im Spiegel der Akten des Bundesarchivs.

Die BAB-Historikerinnen Dr. Andrea Bahr und Michèle Matetschkerstellten das Themendossier „Die Frauen des Volksaufstandes“ für die Webseite der Bundeszentrale für politische Bildung. Auf der Seite sind sechs Texte zum Thema veröffentlicht (siehe Kapitel 9, S. 60–63).



Einblick in ihre Forschungsergebnisse gaben die Wissenschaftlerinnen auch unter dem Titel „Frauen beim Protest“ in der Beilage der Berliner Zeitung zum 17. Juni. In derselben Publikation veröffentlichte Dr. Jens Schöne den Beitrag „Unbekanntes Aufbegehren: Die Bauern aus Marzahn“

6.2 Mein Kiez. Geschichte(n) des geteilten Berlins

Nach dem erfolgreichen Start 2022 machte die von BAB-Bildungsreferentin Jana Birthelmer konzipierte Reihe „Mein Kiez“ im Berichtsjahr in vier weiteren Berliner Ortsteilen Station. Die Reihe soll das Interesse der Berlinerinnen und Berliner für die Geschichte des eigenen Stadtteils während der deutschen Teilung wecken. Das Angebot umfasst u. a. Gespräche mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen sowie Stadttealführungen.

Zum Auftakt ging es im Mai 2023 nach Staaken. Mit dem Bau der Berliner Mauer und der endgültigen Abriegelung der Grenze wurde das Dorf geteilt, Mauer und Stacheldraht verliefen mitten durch den Ort. Bei einem Kiezgespräch in Kooperation mit der Evangelischen Kirchengemeinde zu Staaken und

dem Gemeinwesenverein Heerstraße Nord e.V. diskutierte BAB-Mitarbeiterin Annika Gläser mit der Historikerin Dr. Sarah Bornhorst von der Stiftung Berliner Mauer und den Zeitzeugen Peter Radziwill und Monika Seliger. Interessierte Bürgerinnen und Bürger konnten bei der Veranstaltung mehr darüber erfahren, wie es zur Teilung Staakens kam und welchen Einfluss die „Teilung am Gartenzaun“ auf den Alltag der Dorfbevölkerung hatte.



Kiez-Spaziergang in Staaken, durchgeführt von Mann-mit-Hut-Touren

Außerdem bot der BAB mehrere Kiez-Spaziergänge mit dem Titel „Staaken – wo der geografische Westen zum politischen Osten wurde“ an. In Kooperation mit dem Bezirksamt Spandau und Kultour-Nah-tour ermunterte der BAB die Menschen aus Staaken darüber hinaus, die Spuren der deutschen Teilung in ihrem Kiez in der Gruppe auf eigene Faust zu erkunden.

Nach dem Abstecher an den westlichen Rand Berlins wanderte „Mein Kiez“ im Juni 2023 nach Köpenick. Dort ging es einmal mehr um die Ereignisse des 17. Juni 1953. Bei den Kiez-Spaziergängen „Von Schloss bis Satellitenstadt – Maueralltag ohne Mauer in Köpenick“ erfuhren die Teilnehmerinnen und Teilnehmer unter anderem, dass die Bauarbeiter von der Stalinallee den Streik für Berlin bei einem Betriebsausflug zum Ausflugslokal „Rübezahl“ am Müggelsee im Vorfeld des Volksaufstands vereinbart hatten.

Beim Kiezgespräch in der Mittelpunktbibliothek Köpenick in Kooperation mit dem Museum Köpenick und dem Bezirksamt Treptow-Köpenick sprachen die Historiker Henning Holsten und Professor Lorenz Lüthi mit BAB-Mitarbeiterin Michèle Matetschk darüber, welchen Anteil Köpenick als wichtiger Industriestandort an den Ereignissen rund um den Volksaufstand hatte.

Die nächste Etappe der Kiez-Reihe fand in Charlottenburg in Kooperation mit dem Museum Charlottenburg-Wilmersdorf in der Villa Oppenheim statt. Der Stadtteil war während der Teilung einerseits Geschäfts- und Ausgehviertel West-Berlins, andererseits Schauplatz der Studentenbewegung der 1960er-Jahre. Beim Kiezgespräch in der Villa Oppenheim gingen die Gäste Petra Merkel (Zeitzeugin) und Dr. Andreas Ludwig (Historiker) mit Moderator Dr. Michael Bienert (Stiftung Ernst-Reuter-Archiv) der Frage nach, ob und welche Berührungspunkte der Stadtteil mit dem sozialistischen Alltag in Ost-Berlin hatte. Beim Filmabend „West-Berlin als Sehnsuchtsort?“ wurden zwei Filme gezeigt: „Dem

Berliner ins Gesicht sehen“ ist ein humorvolles Charakterportrait West-Berlins und besonders der West-Berlinerin in einer Stadt zwischen Alltag und Weltpolitik. „Zwei unter Millionen“ erzählt von einem jungen Mann und einer jungen Frau aus der DDR, die ihr Glück in West-Berlin suchen. Der Film lebt von seinem authentischen Blick auf die Alltagswelt der geteilten Stadt und den an Originalschauplätzen gedrehten Aufnahmen. Anschließend diskutierte BAB-Referentin Jana Birthelmer mit Filmkuratorin Christine Kisorsy über die Eindrücke aus den Filmen. Die Kiez-Spaziergänge standen in Charlottenburg unter dem Titel „Von ungewöhnlichen Bauten und rebellischen 68ern: Charlottenburg während der deutschen Teilung“.

Im September 2023 gastierte „Mein Kiez“ in Oberschöneweide. Der Stadtteil galt als „Elektropolis des Ostens“. Dort befand sich mit dem Werk für Fernseh elektronik der größte Volkseigene Betrieb Berlins. Beim Kiezgespräch diskutierten der Historiker Thomas Irmer und die Zeitzeugen Angela Thomas und Matthias Costa über den Einfluss, den die SED-Diktatur über die Arbeitswelt auf ihre Bürgerinnen und Bürger nahm. Der Kooperationspartner Industriesalon Schöneweide stellte die Räumlichkeiten zur Verfügung und führte auch die Kiez-Spaziergänge unter dem Titel „Leben und Arbeiten in der Elektropolis der DDR“ durch.



Szene aus dem Film „Zwei unter Millionen“



Kiez-Spaziergang am Peter-Behrens-Bau in Oberschöneweide. In der DDR befand sich in dem Gebäude das Werk für Fernseh elektronik.

6.3 Veranstaltungen für Kinder und Jugendliche

Die Schulveranstaltungen des Berliner Aufarbeitungsbeauftragten gingen 2023 ins dritte Jahr. In Zusammenarbeit mit dem Kooperationsnetzwerk media.Bildungspartner bietet der BAB regelmäßig Filmvorführungen in Berliner Kinos und Lesungen für Schulklassen ab Jahrgangsstufe 4 an. Insgesamt führte das BAB-Bildungsteam im Berichtsjahr sieben Schulkino-Veranstaltungen und fünf Schallesungen durch.

Auf dem Programm standen die Filme „Ballon“ (2018, 125 Min.), „Bornholmer Straße“ (2014, 93 Min.), „Das schweigende Klassenzimmer“ (2018, 111 Min.), „Die Akte Lindenberg“ (2010, 59 Min.), „Fritzi. Eine Wendewundergeschichte“ (2019, 86 Min.) und „Nahschuss“ (2021, 116 Min.). Gezeigt wurden sie in den Kinos Cinema Paris, Delphi Filmpalast und im Hackesche Höfe Kino. Eine Vorführung fand in Kronach (Bayern) statt.

Im Anschluss an die Filmvorführungen hatten die Jugendlichen Gelegenheit, mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen, Beteiligten der Filmproduktion sowie Historikerinnen und Historikern ins Gespräch zu kommen.



BAB-Schulkino mit dem Film „Nahschuss“ am 26. Januar 2023 im Delphi Filmpalast

Bei den Lesungen trugen Schauspielerinnen und Schauspieler Auszüge aus den Büchern „Das Mauerschweinchen. Ein Wendebuch“ von Katja Ludwig, „Tage wie Jahre“ und „Krokodil im Nacken“, beide von Klaus Kordon, vor. Nach den Lesungen beantworteten Historikerinnen und Historiker des BAB die Fragen der Kinder.

Insgesamt nahmen im Berichtsjahr 2.043 Schülerinnen und Schüler, überwiegend aus Berliner Schulen, an den BAB-Schulveranstaltungen teil. Die Kinovorführungen wurden jeweils im Durchschnitt von 198, die Lesungen von 130 Kindern und Jugendlichen besucht.

6.4 Campus-Kino

Das vom Berliner Aufarbeitungsbeauftragten in Zusammenarbeit mit dem Stasi-Unterlagen-Archiv und der Robert-Havemann-Gesellschaft e.V. veranstaltete Campus-Kino lockte im vierten Jahr seines Bestehens noch einmal mehr Menschen an als in den Vorjahren. Gut 5.500 Besucherinnen und Besucher kamen vom 7. bis 31. August 2023 auf den Campus für Demokratie, um Filme zur DDR und der SED-Diktatur anzuschauen.

Auf dem Programm standen Spiel- und Dokumentarfilme zu den Themen Repression, Revolution oder Aufarbeitung, die nach 1989 entstanden sind. Im Anschluss an die Filme gab es Gespräche mit Filmschaffenden, Fachleuten, Politikerinnen und Politikern sowie Zeitzeuginnen und Zeitzeugen. Ein Rahmenprogramm mit Ausstellungen, Führungen zum Thema des Abends und ein Film- und Werkstattangebot des MACHmit! Museums für Kinder ergänzten das Angebot.



Kino-Erlebnis unter freiem Himmel

Zur Eröffnung am 7. August 2023 lief der Spielfilm „In einem Land, das es nicht mehr gibt“ (2022, 100 Min.) über die alternative Modeszene der späten DDR. Regisseurin Aelrun Goette, die am anschließenden Filmgespräch teilnahm, hat ihre eigene Lebensgeschichte in den Film einfließen lassen.

Das Schicksal von Angehörigen von Todesopfern des SED-Grenzregimes stand am 15. August 2023 im Mittelpunkt. Regisseur Stefan Weinert lässt in seinem Film „Die Familie“ (2013, 92 Min.) die Hinterbliebenen zu Wort kommen. In emotionalen Schilderungen berichten sie vom Schicksal ihrer Familienmitglieder und äußern ihre Fassungslosigkeit über die Strafen für die Todesschützen, die sie als zu mild empfinden. Die Schilderung der Ereignisse in den Stasi-Akten bilden in ihrem kalten Bürokratendeutsch einen unerträglichen Kontrast zum Leid der Angehörigen. Im Anschluss an die Filmvorführung sprach der Leiter der Bürgerberatung beim Berliner Aufarbeitungsbeauftragten, Jens Planer-Friedrich, mit dem Regisseur. Begleitend zu Film und Gespräch konnten sich Interessierte über die Beratungsangebote des BAB und der UOKG informieren.



von links: Jens Planer-Friedrich und Stefan Weinert

An den weiteren Tagen des Campus-Kinos standen zum Beispiel der Spielfilm „3 1/2 Stunden“ (2021, 95 Min.), die Mockumentary „Olaf Jagger“ und das Doku-Drama „Der Aufstand“ über den Volksaufstand des 17. Juni 1953 in der DDR auf dem Programm.

Das Campus-Kino mit seiner authentischen Kulisse zeigt das Potenzial des Geländes der früheren Stasi-Zentrale und macht deutlich, wie die Zukunft des Ortes aussehen könnte. Über das Open-Air-Kino hinaus könnte der historische Ort gerade für junge Menschen attraktiv sein, um sich mit den Themen der DDR-Aufarbeitung zu beschäftigen.

6.5 Kooperations- veranstaltungen/ Weiteres

2023 jährte sich zum 40. Mal der legendäre Auftritt des westdeutschen Rockstars Udo Lindenberg im Ost-Berliner Palast der Republik. Anlässlich des Konzertjubiläums bot der Berliner Aufarbeitungsbeauftragte in Kooperation mit der Udo Lindenberg Stiftung mehrere Veranstaltungen an.

So zeigten die Partner am 30. Juni 2023 für Schülerinnen und Schüler im Passage Kino Hamburg den Dokumentarfilm „Die Akte Lindenberg“ von Reinhold Beckmann und Falko Korth, der die Vorgeschichte, die Umstände und die Folgen des Lindenberg-Auftritts beleuchtet. Die Fragen der Schülerinnen und Schüler beantwortete Reinhold Beckmann, der 1983 zum ARD-Kamerateam gehörte, das Udo Lindenberg nach Ost-Berlin begleitete. Weitere Gesprächspartner waren Panikorchester-Bassist Steffi Stephan, der ostdeutsche Udo-Fan Martin Schwarz und der stellvertretende Aufarbeitungsbeauftragte und Historiker Dr. Jens Schöne.



„Die Akte Lindenberg“ –
Schulkino in Hamburg

Weitere Schulkinoveranstaltungen mit „Die Akte Lindenberg“ boten der BAB und die Udo Lindenberg Stiftung am 5. September 2023 in Finsterwalde (Brandenburg) und am 19. Oktober 2023 in Berlin an. Am 18. Oktober wurde der Film im Abendprogramm des Hackeschen Höfe Kinos gezeigt. Im Publikum erinnerten sich einige Menschen an das Konzert und diskutierten mit Dr. Jens Schöne, Steffi Stephan und Martin Schwarz. Noah Fischer, der Saxophonist des Panikorchesters, sorgte für die passende musikalische Umrahmung.



Den Abend moderierten Dr. Jens Schöne
und Antje Bernhardt (media.Bildungspartner)

Der BAB wirkte im Berichtsjahr an zahlreichen weiteren Kooperationsveranstaltungen mit. So unterstützte die Behörde einen Filmabend am Carl-von-Ossietzky-Gymnasium am 20. Februar 2023. Gezeigt wurde der Film „Coming out“ (1989, 108 Min.), der erste und einzige Kinofilm aus der DDR zum Thema Homosexualität. Er wurde zum Teil im Schulgebäude gedreht. Anschließend kamen die Hauptdarsteller Dirk Kummer und Matthias Freihof, die wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Universität Leipzig, Maria Bühner und Dr. Ringo Rösener, mit Schülerinnen und Schülern ins Gespräch.

Um populäre Musik ging es am 28. November 2023 bei einem Workshop in den Räumen des BAB mit dem Titel „Club. Bühne. Mauer. Populäre Musik und Politik im geteilten Berlin“ in Zusammenarbeit mit der Stiftung Ernst-Reuter-Archiv. Bei der Veranstaltung hielt der Senator für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt, Joe Chialo, ein digitales Grußwort. Dr. Jens Schöne sprach im Panel „West-Impulse“ zum Thema „Von den Rolling Stones zu Michael Jackson. Eine Verflechtungsgeschichte“. Im Panel „Ost-Impulse“ berichtete ZEIT-Autor Christoph Dieckmann über „Glasnost-Glockenspiele. Die Berliner Rock-Großkonzerte als Teil der Ost-West-Systemkonkurrenz“. Dr. Nikolai Okunew referierte zu „Subkulturen in Ost-Berlin. Das Beispiel Heavy Metal“. In anderen Beiträgen ging es z. B. um Jazz oder um den Senatsrockwettbewerb. Die ehemaligen Radiomoderatoren Rick de Lisle (Rias 2) und Lutz Schramm (DT64) sowie der Musiker und Musikproduzent Mark Reeder traten in Gesprächsrunden auf.



von links: Lutz Schramm (DT 64) und Rick De Lisle (Rias 2) im Gespräch mit BAB-Referentin Jana Birthelmer

In Zusammenarbeit mit dem Jugendwiderstandsmuseum und der Hedwig-Wachenheim-Gesellschaft e.V. fand am 6. Dezember 2023 beim BAB eine Veranstaltung zu den „Storkower Tunnelmalern“ statt. Bei einem Podiumsgespräch mit dem Historiker Dr. Dirk Moldt und den Zeitzeuginnen Charlotte Feldmann und Katrin Siebeck ging es um die nicht genehmigte Malaktion im November 1983. 20 junge

Leute hatten damals die über 500 Meter lange Fußgängerbrücke zwischen dem Lichtenberger Wohngebiet Fennpfuhl und dem Friedrichshainer Samariterviertel mit bunten Motiven verziert. Die Stasi untersuchte den Fall, der SED-Staat verhängte drastische Geldstrafen. Sieben Beteiligte kamen ins Gefängnis. Zahlreiche Jugendliche solidarisierten sich mit der Aktion und brachten durch illegale Sammlungen die komplette Strafsumme von über 30.000 DDR-Mark auf.



Ergebnis der Malaktion im Storkower Tunnel

Weitere Kooperationsveranstaltungen wurden mit der Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern und mit der Stiftung Gedenkstätte Berliner Mauer durchgeführt: In Woldegk in Mecklenburg-Vorpommern hielt Dr. Jens Schöne am 12. April 2023 den Vortrag „Landwirtschaft und Revolution. Der ländliche Raum Ostdeutschlands seit 1989/90“. Im anschließenden Gespräch mit Historiker Christoph Wunnicke ging es am Beispiel des Ortes Woldegk um die Kollektivierung der DDR-Landwirtschaft 1952 und ihre Nachwirkungen bis heute.

In der Gedenkstätte Berliner Mauer zeigte der BAB gemeinsam mit dem Förderverein der Gedenkstätte Berliner Mauer, dem ZOiS – Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien und der Stiftung Berliner Mauer den Film „In einem Land, das es nicht mehr gibt“. Anschließend sprach Regisseurin Aelrun Goette über ihre Karriere als Fotomodell in der DDR und ihre Erlebnisse in der SED-Diktatur.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bildungsteams beim Berliner Aufarbeitungsbeauftragten waren im Berichtsjahr auch bei Veranstaltungen anderer Institutionen mit ihrer Expertise beteiligt. So gab Dr. Jens Schöne in seiner Eigenschaft als Historiker gemeinsam mit Dr. Stefanie Eisenhuth vom Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam (ZZF) im Frühjahr 2023 das Seminar „Alltag in der DDR“ an der Bucerius Law School in Hamburg. Zum Programm gehörte auch eine Exkursion der Studierenden nach Berlin. Außerdem hielt er zahlreiche Vorträge und wirkte bei Podiumsdiskussionen mit. Bildungsreferentin Jana Birthelmer bot bei der Deutschen Auslandsgesellschaft einen Zoom-Workshop zum Thema „Per Tram durch die Geschichte. Das historische Ost-Berlin erfahren“ an.

Im Sammelband „DDR im Plural. Ostdeutsche Vergangenheiten und ihre Gegenwart“, herausgegeben von den Stipendiaten der Bundesstiftung Aufarbeitung Christopher Banditt, Nadine Jenke und Sophie Lange, Berlin 2023, ist BAB-Leitungsreferent Dr. Philipp Schultheiß mit dem Aufsatz „Der demilitarisierte Mann. Ehemalige NVA-Angehörige und ihr Ankommen in der postmilitärischen Gesellschaft des wiedervereinigten Deutschlands“ vertreten. Dr. Jens Schöne lieferte den Text „Vergangenheit, Gegenwart, Zukunft, DDR“ für die Publikation zu.

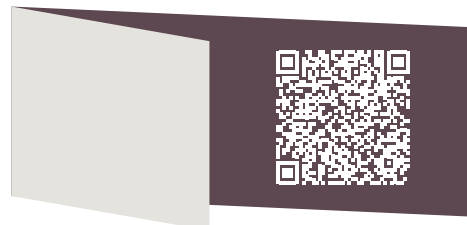


von links: Dr. Philipp Schultheiß
und Dr. Jens Schöne

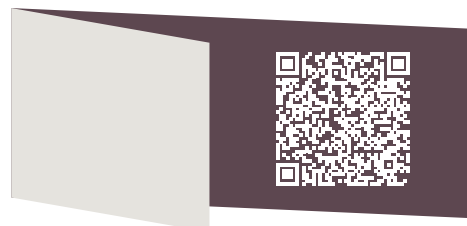
Im Berichtsjahr erschien eine weitere Folge des BAB-cast, der Podcast-Reihe des Berliner Aufarbeitungsbeauftragten. In „Das hatte keinen Namen, außer: Ich bin wütend! Als Umweltaktivistin in Ost-Berlin“ spricht BAB-Bildungsreferentin Elena Demke mit Sarah Jasinszcak über deren Engagement in der Umwelt-Bibliothek in Ost-Berlin:



Sarah Jasinszcak beim Bibliotheksdienst in der
Umwelt-Bibliothek in Ost-Berlin im Mai 1988



Für den dreiteiligen Terra X History Podcast zum 17. Juni 1953 befragten die Autorinnen und Autoren des ZDF Bildungsreferentin Dr. Andrea Bahr und Dr. Jens Schöne:



7. AUSBLICK



Interview mit Frank Ebert, Berliner Beauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Fragen: Cecilia Reible

Immer wieder kommt die Frage auf, ob es 35 Jahre nach der Friedlichen Revolution immer noch einen Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur geben muss. Was antworten Sie den Skeptikern?

Solange es Menschen gibt, die in der DDR verfolgt wurden und darunter leiden, ist es Aufgabe des Staates und der Gesellschaft, diesen Personen zu helfen. Zu uns in die Beratung kommen immer wieder Menschen, die sich bisher nicht mit ihrer Verfolgungsgeschichte auseinandergesetzt haben. Zum Beispiel, weil sie die Vergangenheit verdrängt haben, oder weil sie gar nicht wussten, dass es Anlaufstellen wie den BAB gibt.

Manche stellen auch fest, dass sie wenig Rente bekommen, etwa weil sie aus politischen Gründen ihre Ausbildung nicht beenden durften oder inhaftiert waren. Wir beraten diese Menschen zu den Möglichkeiten einer strafrechtlichen, beruflichen oder verwaltungsrechtlichen Rehabilitierung. Dieses Angebot werden wir fortführen, solange es den Bedarf gibt.

Tatsächlich scheint der Bedarf an Beratung bei den Verfolgten der SED-Diktatur ungebrochen hoch zu sein. Worauf führen Sie das zurück?

Es rücken Themen in den Vordergrund, die in den letzten 30 Jahren noch keine große Rolle gespielt haben, wie zum Beispiel das System der DDR-Heimerziehung. Und die Rehabilitierungsgesetze wurden 2019 nachgebessert. Seitdem können zum Beispiel auch Betroffene rehabilitiert werden, die in der DDR in Jugendwerkhöfen oder Spezialkinderheimen weggesperrt waren. Für diesen Personenkreis ist es inzwischen auch möglich, einen Zweit- oder Wiederaufnahmeantrag auf Rehabilitierung zu stellen, wenn der Erstantrag vor der Novellierung des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes abgelehnt wurde. Außerdem wurden die Gesetze entfristet, weil manche Menschen sich erst spät entscheiden, ihre Ansprüche geltend zu machen.



Frank Ebert, Berliner Aufarbeitungsbeauftragter

Die Bundesregierung hat sich in ihrem Koalitionsvertrag vorgenommen, die Lage der SED-Opfer zu verbessern. Wo besteht aus Ihrer Sicht besonders dringender Handlungsbedarf?

Besonders dringlich ist es aufgrund der hohen Inflation, die Opferrente zu erhöhen und zu dynamisieren. Derzeit beträgt sie 330 Euro. Für die Betroffenen, die oft in prekären Verhältnissen leben, wäre eine Erhöhung nicht nur finanziell, sondern auch symbolisch wichtig. Außerdem ist es notwendig, die gesundheitlichen Folgeschäden, die Menschen durch die Verfolgung erlitten haben, unkomplizierter anzuerkennen, deshalb brauchen wir die Beweislastumkehr. Und schließlich wäre es wichtig, die Rechtsprechung zu vereinheitlichen. Die Gerichte in den Ländern entscheiden bei Rehabilitierungsverfahren über die gleichen Sachverhalte oft unterschiedlich. Hier müssen die Gesetze dringend klarer gefasst werden.

2023 haben wir an den 70. Jahrestag des Volksaufstands in der DDR erinnert. Sie eilen am 17. Juni jedes Jahr von einer Kranzniederlegung zur nächsten. Ist diese Form des Gedenkens noch zeitgemäß?

Kranzniederlegungen gehören dazu, das Gedenken darf sich jedoch nicht darauf beschränken. Wir brauchen zeitgemäße Formate und Aktualitätsbezüge. Das heißt, wir müssen versuchen, die Menschen dort zu erreichen, wo sie sich aufhalten – also zum Beispiel in den sozialen Netzwerken. Und wir müssen in unseren Veranstaltungen deutlich machen, was die Geschichte mit uns und mit heute zu tun hat.

Wie kann man jüngere Leute für die Geschichte der DDR und der Friedlichen Revolution interessieren?

Jede Generation hat ihre eigenen Fragen an die Geschichte. Auf diese Fragen müssen wir versuchen Antworten zu geben. Wir erleben in unseren Schulkinoveranstaltungen mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen, dass es gelingen kann, das Interesse für die Geschichte der DDR und der Friedlichen Revolution zu wecken. Ebenfalls wichtig sind authentische Orte. Der Schrecken der SED-Diktatur wird im ehemaligen Stasi-Gefängnis Hohenschönhausen oder in der früheren Untersuchungshaftanstalt Keibelstraße auch heute noch spürbar. Es fehlt aber bisher der Ort, an dem Opposition und Widerstand gegen die kommunistische Herrschaft in SBZ und DDR im Mittelpunkt stehen, an dem die Würdigung für den Mut der Menschen, sich dem Unrecht entgegen zu stellen, sichtbar ist.

Ich unterstütze deshalb die Errichtung eines Forums Opposition und Widerstand auf dem Campus für Demokratie. Dort könnten historische Themen anhand von aktuellen Bezügen vermittelt werden.

Wenn wir von jungen Leuten reden, müssen wir auch über die Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern sprechen. Die Aufklärung über die SED-Diktatur muss stärker im Bildungswesen verankert werden. Wenn eine Studentin mir sagt, sie habe erst bei der Recherche für ihr Referat festgestellt, dass Deutschland mal geteilt war, dann haben wir offensichtlich ein Problem und noch eine Menge zu tun!

Welche Pläne hat der BAB für die kommenden Jahre?

Auf der politischen Ebene werde ich mich gemeinsam mit den anderen Landesbeauftragten und der SED-Opferbeauftragten beim Deutschen Bundestag dafür einsetzen, die Lage der ehemals Verfolgten zu verbessern. Wer in der DDR staatlichen Repressionen ausgesetzt war, muss rehabilitiert und finanziell entschädigt werden! Viele Betroffene sind schon in höherem Alter und haben nicht mehr viel Zeit.

2024 stehen 35 Jahre Friedliche Revolution und Mauerfall an, ein Jahr später dann 35 Jahre Deutsche Einheit. Bei diesen Jubiläen sind wir natürlich mit eigenen Angeboten dabei. Dabei geht es immer darum, die Demokratie zu stärken, indem wir geschehenes Unrecht sichtbar machen, über die Diktatur aufklären und die Bedeutsamkeit von Freiheit, Demokratie und Menschenrechten aufzeigen.

Die vielfältigen Aufgaben wären ohne meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nicht zu bewältigen. Deshalb möchte ich mich an dieser Stelle herzlich für ihre geleistete Arbeit bedanken. Ein großer Dank geht auch an die Mitglieder des Abgeordnetenhauses und die Senatsverwaltungen, die die Aufarbeitung der SED-Diktatur sehr ernst nehmen und mit unserer Behörde vertrauensvoll zusammenarbeiten. Und schließlich bedanke ich mich bei unseren Kooperationspartnern für die gemeinsamen erfolgreichen Veranstaltungen.

8. ANHANG



8.1 Richtlinie Härtefallfonds für in der SBZ/DDR politisch Verfolgte mit Wohnsitz im Land Berlin

Grundlagen des Härtefallfonds

Der Härtefallfonds für ehemals politisch Verfolgte in der SBZ/DDR bringt den politischen Willen zum Ausdruck, den Opfern der SED-Diktatur aus Gründen der Billigkeit und auf Grundlage des Senatsbeschlusses Nr. S-2903/2020 vom 14. Januar 2020 weitere Anerkennung und Unterstützung durch das Land Berlin zu gewähren. 30 Jahre nach der Deutschen Einheit leben ehemals politisch Verfolgte teilweise unter besonders schwierigen gesundheitlichen und wirtschaftlichen Bedingungen. Nicht immer wird die benötigte Unterstützung durch bundesgesetzliche Regelungen oder bestehende Hilfesysteme in ausreichendem Maße geleistet. Hieran ändert auch die Novellierung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze aus dem Jahr 2019 nichts, die auf die Verbesserung der sozialen Lage anerkannt politisch Verfolgter zielt. Der Härtefallfonds soll in besonderen Notfällen helfen, die sonst nicht geregelt sind und somit durch das Raster fallen.

Zweck des Härtefallfonds

Die finanzielle Hilfe durch den Härtefallfonds soll ehemals politisch Verfolgte in besonderen Notsituationen unterstützen und dazu beitragen, bis heute anhaltende Folgen politischer Repression in der SBZ/DDR zu mindern sowie die soziale Integration zu verbessern. Der Härtefallfonds trägt keine laufenden Kosten.

Antragsberechtigte

Antragsberechtigt sind Personen, die ihren Wohnsitz im Land Berlin haben, nach den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen rehabilitiert wurden und in ihrer wirtschaftlichen Lage in besonderem Maße beeinträchtigt sind. Die Rehabilitierung ist durch eine entsprechende Bescheinigung nachzuweisen. Die wirtschaftliche Lage ist durch entsprechende Auskünfte und Belege nachzuweisen.

Allgemeine Regelungen für Unterstützungsleistungen

Die Gewährung von Unterstützungsleistungen ist mit folgenden allgemeinen Regelungen verbunden: Die Unterstützungsleistungen sollen die bundesgesetzlichen Regelungen und bestehende sozialrechtliche Versorgungssysteme ergänzen, sie jedoch nicht ersetzen.

In der Regel werden Hilfen nur einmalig gewährt. Bei Entscheidungen über länger währende Maßnahmen, beispielweise im therapeutischen, medizinischen oder Aus- bzw. Weiterbildungsbereich, kann von der Regel abgewichen werden.

Falls einer Person bereits in der Vergangenheit eine Leistung aus einem Härtefallfonds für in der SBZ/DDR politisch Verfolgte bewilligt wurde, gleich in welchem Bundesland, ist eine Antragstellung unzulässig.

Die Unterstützung soll möglichst nachhaltig sein. Nachhaltig sind Hilfen zur Selbsthilfe und Hilfen, die dauerhaft aus einer Problemlage herausführen. Nicht gefördert werden laufende Ausgaben und Schuldenleistungen.

Ein Rechtsanspruch auf finanzielle Hilfen aus dem Härtefallfonds besteht nicht.

Verfahren

Die Gewährung der finanziellen Hilfe erfolgt gem. § 53 (Billigkeitsleistungen) Landeshaushaltsordnung (LHO) und in Anlehnung an §§ 23, 44 LHO nach Maßgabe der verfügbaren Haushaltsmittel.

Antragstellung

Die Antragsberechtigten können sich mündlich oder schriftlich an den Berliner Aufarbeitungsbeauftragten (BAB) wenden. Nach einem ersten Beratungsgespräch erhalten die Antragsberechtigten vom BAB zur Konkretisierung ein Antragsformular für ergänzende Angaben (z.B. zur finanziellen Situation).

Der Zweck, zu dem finanzielle Mittel beantragt werden, ist zu benennen und zu begründen, sowie die Höhe der benötigten Mittel zu vermerken.

Antragsbearbeitung

Die Anträge werden durch den BAB geprüft. Gegebenenfalls werden Rücksprachen mit den Antragstellenden gehalten und dabei geklärt, ob ihr Unterstützungsbedarf nicht durch bundesgesetzliche Regelungen bzw. bestehende soziale Hilfesysteme gedeckt werden kann.

Zu jedem Antrag ist das Ergebnis der Antragsprüfung vom BAB zu vermerken. In dem Vermerk soll insbesondere auf die Verfolgung der Antragstellenden in der SBZ/DDR, ihre Rehabilitierung nach den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen, die Beeinträchtigung ihrer wirtschaftlichen Lage, die Angemessenheit und Nachhaltigkeit der Maßnahme und die Höhe der Unterstützungsleistung eingegangen werden.

Der BAB erarbeitet zu jedem eingereichten Antrag ein Votum. Dieses bildet die Grundlage für die Entscheidung. Anträge, die nach dem 31. Oktober eines Kalenderjahres eingehen, können als Anträge für das Folgejahr behandelt werden.

Entscheidungsfindung

Über die Anträge entscheidet der Aufarbeitungsbeauftragte mit Unterstützung eines Beirates im Rahmen pflichtgemäßen Ermessens. Der Beirat ist ein unabhängiges Gremium, dem folgende Unterlagen vorgelegt werden:

alle eingegangenen Anträge, sofern sie vollständig sind und den allgemeinen Regelungen für Unterstützungsleistungen aus dem Härtefallfonds entsprechen, das vom BAB zu jedem Antrag erarbeitete Votum, die jeweils aktuelle Übersicht über die vorhandenen bzw. bereits ausgegebenen Haushaltsmittel des Härtefallfonds. Die verfügbaren Haushaltsmittel sind durch die Entscheidungsfindung nicht zu überschreiten.

Schriftliche Mitteilung über die Hilfe

Wurden Anträge positiv entschieden, erhalten die Antragstellenden eine vom BAB vorbereitete schriftliche Mitteilung, welche die persönlichen Daten des/der jeweiligen Antragstellenden, die Bezeichnung der konkreten Unterstützungsleistung sowie deren Begründung enthält. Die schriftliche Mitteilung benennt das Verfahren der Auszahlung der finanziellen Hilfe sowie das der Verwendungsnachweisprüfung.

Schriftliche Mitteilung über abgelehnte Anträge

Ist der Antrag abzulehnen, erfolgt auf schriftlichem Weg eine Mitteilung darüber an die Antragstellenden. Dabei werden die Gründe für die beabsichtigte Entscheidung erläutert, die Möglichkeit eines Gesprächs angeboten und eine Rücknahme des Antrags empfohlen. Wird der Antrag nicht innerhalb eines Monats zurückgenommen, ergeht ein Ablehnungsbescheid.

Auszahlung der finanziellen Hilfe

Die Auszahlung erfolgt in der Regel an die Leistungserbringerin bzw. den Leistungserbringer. In Ausnahmefällen ist es zulässig, die Zahlung auf das Konto der Antragstellenden zu tätigen.

Kontrolle der Umsetzung

Die Unterstützungsnehmenden haben die Verwendung der Mittel durch Originalbelege gegenüber dem BAB nachzuweisen.

Leistungsschwerpunkte

Beantragte Hilfen können dann gewährt werden, wenn sie einem der folgenden Leistungsschwerpunkte zugeordnet werden können:

Gesellschaftliche Integration

Dazu können beispielsweise Unterstützungsleistungen gehören, die nachhaltig die Integration in den Arbeitsmarkt fördern. Erhalten Antragstellende weder von der Agentur für Arbeit noch gemäß § 6 Berufliches Rehabilitierungsgesetz eine ausreichende finanzielle Unterstützung, mit der ihnen eine Aus- bzw. Fortbildung ermöglicht wird, kann aus den

Mitteln des Härtefallfonds eine Hilfe gewährt werden. Es können auch solche Aus- und Fortbildungen unterstützt werden, die in der DDR aus politischen Gründen versagt wurden und deren nachgeholt Absolvierung der bzw. dem Betroffenen hilft, eine Wunde zu schließen.

Unterstützung der medizinischen Hilfe

Unterstützt werden können u.a. Maßnahmen, die zur Linderung von Gesundheitsschäden beitragen, soweit sie nicht von sozialen und medizinischen Hilfesystemen abgedeckt sind. Dazu gehören Therapien und Hilfsmittel, die nicht kassengestützt sind oder mit der Zahlung einer hohen Eigenbeteiligung verbunden sind.

Unterstützung von Schaffung und Erhalt selbstbestimmter Wohn- und Lebensmöglichkeiten

Unterstützt werden können beispielsweise der Umzug in eine behinderten- und altersgerechte Wohnung oder die behindertengerechte Ausstattung von eigenem Wohnraum, soweit dies nicht durch soziale Hilfesysteme übernommen wird.

Unterstützung durch technische Hilfen im Alltag

Die finanzielle Hilfe kann u.a. die Anschaffung von technischen Ausstattungsgegenständen oder technischen Geräten betreffen, die geeignet sind, die selbstständige Lebensführung zu unterstützen, insbesondere bei körperlichen Einschränkungen. Voraussetzung ist, dass die Kosten nicht von anderen sozialen Hilfesystemen übernommen werden.

Kommunikationshilfen für die soziale Teilhabe

Unterstützt werden können zum Beispiel Anschaffungen und die Reparatur von Kommunikationsgeräten, die die soziale Teilhabe verbessern, wie Telefone oder Computer.

Unterstützung zur Verbesserung der Mobilität

Um die Selbstversorgung und das selbstbestimmte Leben nachhaltig durch die Förderung der Beweglichkeit aufrechtzuerhalten und zu verbessern, können beispielsweise Mittel für die Anschaffungen von Fahrrädern oder Rollstühlen gewährt werden, soweit die Kosten nicht von sozialen und medizinischen Hilfesystemen übernommen werden.

Beirat

Der Beirat besteht aus zwei Personen. Die Mitglieder werden durch den Berliner Aufarbeitungsbeauftragten benannt. Der Beirat hat bei der Entscheidungsfindung beratende Funktion. Die Entscheidung über die Anträge obliegt dem Aufarbeitungsbeauftragten.

Ausschlussgründe

Eine finanzielle Hilfe aus dem Härtefallfonds wird Personen nicht gewährt, wenn diese gegen die Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit verstoßen oder in schwerwiegendem Maße ihre Stellung zum eigenen Vorteil oder zum Nachteil anderer missbraucht haben, oder sie wegen einer vorsätzlichen Straftat rechtskräftig zu einer Freiheitsstrafe von mindestens drei Jahren verurteilt wurden, sofern dies durch eine Auskunft aus dem Zentralregister belegt ist.

Bei Vorliegen konkreter Anhaltspunkte ist der BAB befugt, Antragstellende um die Vorlage eines Behördenführungszeugnisses zu bitten bzw. selbst gemäß § 31 Bundeszentralregistergesetz ein Behördenführungszeugnis einzuholen.

Inkrafttreten

Diese Richtlinie tritt rückwirkend zum 1. Januar 2020 in Kraft.

8.2 Übersicht Projektförderung

Lfd. Nr.	Zuwendungsempfänger	Projektbezeichnung	Zuwendungshöhe
1	Artecom pictures and solutions GmbH	Dokumentarfilm und Webserie „EAST – JUNGSEIN IN DER DDR – Sag mir wo du stehst“	47.500 €
2	ASTAK e.V.	Grundsicherung Ausstellungsbetrieb Stasimuseum	65.011 €
3	berlinHistory e.V.	Themenlayer für App zum 70. Jahrestag des Volksaufstandes in der DDR	29.835 €
4	Bürgerbüro e.V.	Beratung von Betroffenen der DDR-Jugendhilfe	152.028 €
5	DDR-Box e.V.	Hörbuch „Die Abrechnung: Ein Neonazi steigt aus“	25.625 €
6	DDR-Fotoerbe GbR	Fotoausstellung „Das andere Leben. Ost-Berlin zwischen Mauerbau und Mauerfall“	9.390 €
7	DDR-Fotoerbe GbR	Digitalisierung des Print-Archivs des Fotografen Mario Rietz, freier Fotograf in der DDR	6.770 €
8	DEFA-Stiftung	Videoclips und Handouts für den Unterricht	8.000 €
9	Facts & Files PartG	Webseite „Donskoje1950-1953.de“, ein digitales Totenbuch mit Informationen zu Menschen, die zwischen 1950 und 1953 von Sowjetischen Militärtribunalen (SMT) zum Tode verurteilt und erschossen wurden	33.528 €
10	Friedenauer TSC 1886 e.V.	Fußball-Gedenkturnier zum Mauerfall mit Kinder- und Jugendmannschaften aus Ost- und West-Berliner Stadtteilen	5.315 €
11	Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Stalinismus e.V.	Politische Bildungsarbeit, Ausstellungen und Betroffenenarbeit	130.383 €
12	Geschichtsbüro Müller	Filmfest Prenzlauerberginale, Stadtteil-Filmfest mit seltenen Spielfilmen und Dokus	20.049 €

Lfd. Nr.	Zuwendungsempfänger	Projektbezeichnung	Zuwendungshöhe
13	Henryk Gericke	Druckkostenzuschuss für das Buch „Tanz den Kommunismus – Punkrock in der DDR“	5.290 €
14	Kammersymphonie Berlin GbR	Dokumentation der Konzertreihe „Unterm Radar“ 2021–2023 mit dem Fokus auf unangepasste Komponisten aus dem Ostblock	5.130 €
15	Kulturprojekte Berlin GmbH	Vorbereitung des stadtweiten Veranstaltungsprogramms zu 35 Jahre Friedliche Revolution	150.000 €
16	Kunstverein Ost e.V.	Katalog zur Ausstellung „CLARA MOSCH und frühe Kunstaktionen in der DDR“	13.284 €
17	MACHmit! Museum für Kinder gGmbH	Projekt Kinderworkshop „Lasst zusammen Revolutionskerzen leuchten“	8.788 €
18	Planergemeinschaft eG	Veranstaltung „Bauten der Staatssicherheit in der Denkmaltopographie“	8.081 €
19	Psychosoziale Initiative Moabit e.V.	Beratungsstelle Gegenwind	229.422 €
20	Robert-Havemann-Gesellschaft e.V.	Archiv der DDR-Opposition, Dauerausstellung „Revolution und Mauerfall“ und Vermittlungsangebote	613.598 €
21	Robert-Havemann-Gesellschaft e.V.	Erweiterte Machbarkeitsstudie Forum Opposition und Widerstand (1945–1990)	81.245 €
22	UOKG e.V.	Beratung und Betreuung für in SBZ/DDR politisch Verfolgte	225.103 €
23	VOS e.V.	Betreuung für in SBZ/DDR politisch Verfolgte	16.900 €

Gesamtsumme für alle Projekte

1.890.275 €

8.3 Team

(Stand Dezember 2023)

Berliner Beauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Frank Ebert

Stellvertretender Berliner Beauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Dr. Jens Schöne

Geschäftsstelle

Aline Höhn

Charlyne Jünemann

Leitungsreferenten

Dr. Philipp Schultheiß

Dr. Anja Schröter

Beratung

Jens Planer-Friedrich (Leitung)

Jana Bertels

Yvonne Laue

Ulrike Mohns

Historisch-politische Bildung

Dr. Jens Schöne (Leitung)

Dr. Andrea Bahr

Jana Birthelmer

Elena Demke

Michèle Matetschk

Allgemeine Verwaltung

Annett Schache (Leitung)

Daniel Eckert

Jakub Stoinski

Selda Tosun

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Cecilia Reible (Leitung)

Werner Menke-Schersch

Bildnachweis

Alle Bildrechte liegen beim
Berliner Beauftragten zur
Aufarbeitung der SED-Diktatur,
mit Ausnahme der folgenden:

Titel und Seite 24: picture alliance/akg-images

Seite 9, c: BArch/Witzel

Seite 11, b: Bettina Bertram

Seite 15: Gestaltung: Grote GmbH

Seite 16: Büro Katrin Budde

Seite 27: Sophie Diernberger/
media.Bildungspartner

Seite 31: Detlef Krenz

Seite 32: Robert-Havemann-Gesellschaft/
Barbara Hanus/RHG_Fo_HAB_13630

Seite 34: BArch, MfS, BV Berlin,

AOP 2001/88, Band 1, Bl. 31

Seite 38: Veröffentlichung mit Einwilligung
der Urheberin, die anonym bleiben möchte

Seite 52, a: UOKG, Lucas Hütter

Seite 52, b: VOS

Seite 55: Thomas Uhlemann/DDR Fotoerbe

Seite 56, b: Lotse, CC BY-SA 3.0

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/>, via Wikimedia Commons

Seite 57: Verbrecher Verlag

Seite 58: Eva von Schirach

Seite 60, 63, b: picture-alliance/AP

Seite 62, b: AdsD/FES, 6/FOTB001831

Seite 63, a: REGIERUNGonline; B 145 Bild-
00203065, Urheber: Perlia, Richard (Fotograf)

Seite 65: AdsD/FES, 6/FOTB001831;

Gestaltung: www.bogun-dunkelau.de

Seite 67: Sophie Diernberger/
media.Bildungspartner

Seite 68, a: Anke Geier/ThLA

Seite 68, b: Bucerius Law School

Seite 70, a: Filmmuseum Berlin –

Deutsche Kinemathek

Seite 71: Sophie Diernberger/
media.Bildungspartner

Seite 72, a: BArch/Witzel

Seite 72, b: Rolf Walter

Seite 73, a: Sophie Diernberger/
media.Bildungspartner

Seite 73, b: Rolf Walter

Seite 73, a: Sophie Diernberger/
media.Bildungspartner

Seite 74, b: Bundesarchiv MfS AU 4414-85 Bd. 4

Seite 75, b: Robert-Havemann-Gesellschaft/
Wolfgang Rüdtenklau/RHG_Fo_HAB_10101

Seite 75, b: Robert-Havemann-Gesellschaft/
Wolfgang Rüdtenklau/RHG_Fo_HAB_10101

Impressum

Berliner Beauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (BAB)
Franz-Jacob-Str. 4 B
10369 Berlin

Tel.: (030) 24 07 92 – 0
Fax: (030) 24 07 92 – 99

E-Mail: info@aufarbeitung-berlin.de
Web: www.aufarbeitung-berlin.de

Redaktion: Frank Ebert, Cecilia Reible
Redaktionsschluss: 30. September 2024
Layout und Satz: www.dunkelau-lemke-stach.de
Druck: www.druckhaus-sportflieger.de







www.aufarbeitung-berlin.de